

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

66. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 18. bis 23. November 2020

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Schwerpunkte der Jahrestagung	2
III. Ständiger Ausschuss.....	4
IV. Politischer Ausschuss.....	4
V. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit	8
VI. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit	12
VII. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit	15
VIII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	17
IX. Plenarsitzung	19
X. Verabschiedete Erklärung und Entschließungen.....	23

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 66. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (Parliamentary Assembly of the North Atlantic Treaty Organization, NATO PA) fand vom 18. bis 23. November 2020 virtuell statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat nahmen mit folgenden Delegationsmitgliedern teil:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete **Ulla Schmidt** (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter **Jürgen Hardt** (CDU/CSU),
Abgeordnete **Dagmar Freitag** (SPD),
Abgeordneter **Dr. Karl-Heinz Brunner** (SPD),
Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (SPD),
Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD),
Abgeordnete **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP),
Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.),
Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Bundesrat

Staatsminister **Peter Beuth** (CDU), Hessen
Minister **Michael Stübgen** (CDU), Brandenburg
Minister **Boris Pistorius** (SPD), Niedersachsen.

II. Schwerpunkte der Jahrestagung

Schwerpunkte der Jahrestagung waren die Folgen der COVID-19-Pandemie auf die euro-transatlantische Sicherheit, der Reflexionsprozess „NATO 2030“, die faire Lastenteilung, der Konflikt im östlichen Mittelmeer, die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO, der Umgang mit China und Russland, die Entwicklungen in der Schwarzmeerregion sowie Innovationen im Verteidigungsbereich.

Die Berichte und die Entschlüsse sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Jahrestagung sind unter der NATO PA-Webseite innerhalb der „E-LIBRARY“ abrufbar.

1. Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Arbeit der Versammlung

Der Ausbruch der weltweiten COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 zwang die Versammlung ab März 2020, alle physischen Konferenzen abzusagen und durch virtuelle zu ersetzen. Die in Kiew für den Mai 2021 geplante Frühjahrstagung wurde ersatzlos gestrichen. Am 29. Mai 2020 beschloss der Ständige Ausschuss ein angepasstes Arbeitsprogramm und bestätigte das Präsidium. Der amtierende Präsident Attila Mesterházy (Ungarn) wurde im Amt bestätigt, Philippe Folliot (Frankreich) und Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) wurden zu Vize-Präsidenten gewählt. Die Ausschusssitzungen fanden in Form von Videokonferenzen statt, in denen die jeweiligen Berichtsentwürfe und die vom Ständigen Ausschuss angeregten Sonderberichte zu den Folgen der COVID-19-Pandemie beraten wurden. Das Internationale Sekretariat organisierte in 2020 acht Webinare, in denen die Mitglieder mit Expertinnen und Experten über aktuelle Themen diskutierten.

2. Eröffnungsansprache des Präsidenten Attila Mesterházy

Präsident **Attila Mesterházy** (Ungarn) ging auf die Folgen der COVID-19-Pandemie ein und erklärte, trotz der gravierenden Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft müsse in die Verteidigung und Innovationen investiert werden. Zu Afghanistan führte er aus, dass, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, sich die Alliierten gemeinsam aus dem Land zurückziehen sollten. Er stellte den Erklärungsentwurf „NATO 2030: Ein geeinteres und stärkeres Bündnis auf der weltpolitischen Bühne“ vor und ging auf die Gespräche mit der von NATO-Generalsekretär Stoltenberg eingesetzten Expertengruppe ein. Die Versammlung verkörpere die gemeinsamen Werte und könne daher besonders in der Frage der Herstellung der politischen Einheit innerhalb der Allianz einen Beitrag leisten,

indem sie sich dafür einsetze, dass das Bündnis nicht nur eine militärisch-politische Organisation, sondern auch eine Allianz der Demokratien bilde. Die besondere Verbundenheit zwischen Europa und Nordamerika müsse erhalten und gestärkt werden. Die Bündnispartner seien ihren gemeinsamen Werten verpflichtet und bei Verstößen sei es die Aufgabe der Versammlung, Stellung zu beziehen. Die Versammlung trete für die regelbasierte internationale Ordnung ein und habe das Vorgehen des Regimes in Belarus gegen friedliche Demonstrierende verurteilt. Russland missachte internationales Recht, während China versuche, seine Vision und Werte in internationalen Institutionen durchzusetzen. Das Bündnis müsse offen für Wertepartner bleiben, die einen Beitritt anstrebten. Er begrüßte den Beitritt Nordmazedoniens und betonte die fortgesetzte Unterstützung der euro-transatlantischen Bestrebungen Georgiens und der Ukraine, die sich durch die Beobachtung der Parlamentswahlen in Georgien in 2020 durch eine Delegation der NATO PV manifestiert habe.

3. Ansprache von Marietta Giannakou, Leiterin der griechischen Delegation

Marietta Giannakou unterstrich die Einflussmöglichkeiten der Versammlung auf Entscheidungen im Bündnis. Seit der Gründung der Versammlung seien starke Bande geknüpft worden. Sie forderte einen geeinten Umgang mit künftigen Herausforderungen, eine stärkere Anerkennung der NATO in der Gesellschaft und die Bewahrung der Solidarität und Einigkeit innerhalb des Bündnisses.

4. Ansprache des griechischen Premierministers Kyriakos Mitsotakis

Premierminister **Kyriakos Mitsotakis** ging auf die Bedrohungslage ein und betonte, die NATO müsse mit Wertepartnern zusammenarbeiten. Länder, die die Werte des Bündnisses teilten und dazu beitragen könnten, außerhalb der NATO-Grenzen entstehenden Bedrohungen zu begegnen, leisteten einen wertvollen Beitrag für die Bewahrung von Frieden und Stabilität. Die NATO solle stärker mit Ländern wie beispielsweise Indien und Partnern in Afrika oder dem Nahen Osten kooperieren. Im Hinblick auf Russland und China müsse die Allianz gesprächsbereit bleiben und sich weiterhin für kollektive Verteidigung und Sicherheit einsetzen. Griechenland habe sein Militär gestärkt und sei von hoher strategischer Bedeutung für die NATO und die EU. Die Sicherheit seines Landes sei bedroht, was sich auf die Einheit der NATO auswirke. Griechenland müsse mit der Türkei Gespräche führen und werde den internationalen Gerichtshof anrufen, wenn diese zu keiner Einigung führten.

5. Beratung mit dem griechischen Minister für Umwelt und Energie Konstantinos Hatzidakis

In der Aussprache erkundigte sich **Ahmet Yildiz** (Türkei) nach der Bereitschaft Griechenlands, Verhandlungen mit der Türkei ohne Vorbedingungen zu führen. **Konstantinos Hatzidakis** erwiderte, Griechenland sei zu bilateralen Gesprächen bereit, blieben diese erfolglos, müsse der Internationale Gerichtshof entscheiden. Griechenland biete der Türkei die mit Italien oder Ägypten getroffenen Vereinbarungen an. **Philippe Michel-Kleisbauer** (Frankreich) erklärte, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, müssten alle ihre Anstrengungen verstärken. Daher habe Frankreich im Energiebereich seine Streitkräfte neu aufgestellt. Er fragte, wie alle Akteure zur Verwirklichung der Klimaschutzziele zusammengebracht werden könnten. **Konstantinos Hatzidakis** legte die ambitionierte Klima-Agenda von Griechenland dar, nach der bis 2028 alle Braunkohlekraftwerke stillgelegt und urbane Projekte wie beispielsweise das Radfahren oder Wandern gefördert werden sollten. **Berat Conkar** (Türkei) kritisierte, der griechische Premierminister habe falsche Anschuldigungen gegenüber der Türkei erhoben. Die Angelegenheit solle im Wege bilateraler Gespräche gelöst werden, mit Sanktionen zu antworten wäre nicht hilfreich. Die Türkei befürworte einen Dialog und eine Einigung bedeute eine Stärkung der NATO. **Konstantinos Hatzidakis** entgegnete, die Ausführungen beruhten auf Tatsachen. Wenn die Türkei einen Dialog befürworte, dann müsse sie Provokationen beenden. Mit Hilfe des Internationalen Gerichtshofes versuche Griechenland auch mit Albanien eine Einigung zu erreichen. **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) betonte, die Versammlung sei stolz auf ihre Debattenkultur. Angesichts vielschichtiger Herausforderungen sei die Einheit ein wichtiges Gut. Sie erkundigte sich nach der Position der griechischen Regierung hinsichtlich einer unabhängigen europäischen Verteidigungsfähigkeit. **Konstantinos Hatzidakis** führte aus, die NATO müsse an moderne Bedürfnisse angepasst werden. Diejenigen EU-Mitglieder, die im Bereich der Verteidigung kooperieren wollten, könnten dies tun, da beide Bestrebungen sich ergänzen könnten. **Kamil Aydin** (Türkei) ging auf die Migration ein und erklärte, als Transitland trage die Türkei die größte Last. Er bat um eine Einschätzung zu den Vorwürfen hinsichtlich unerlaubten *push-backs* von Asylsuchenden und unmenschlichen Lebensbedingungen für Geflüchtete und Asylsuchende in Griechenland. **Konstantinos Hatzidakis** erwiderte, Griechenland sei durch die Migrationsströme stark betroffen, daher habe man die Partner um Solidarität gebeten. Unter Wahrung des internationalen Rechts werde versucht, ein Gleichgewicht zwischen den notwendigen Grenzkontrollen und einer humanitären Vorgehensweise herzustellen.

Kamil Sindir (Türkei) unterstrich die Dialogbereitschaft der Türkei und sagte, die Angelegenheit müsse bilateral gelöst werden. Er fragte, ob Griechenland eine Stärkung bilateraler Beziehungen zwischen den Nachbarländern unterstütze. **Konstantinos Hatzidakis** erklärte, Griechenland habe mit Italien und Ägypten Einigungen erzielt. Er sehe auch für die Türkei eine Möglichkeit, sich zu einigen. **Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) erinnerte an Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, nachdem der Angriff auf ein Mitglied ein Angriff auf alle darstelle. Eine Spaltung des Bündnisses sähen seine Gegner nur zu gern. Abschließend sagte **Marietta Giannakou** (Griechenland), der Dialog sei der einzige Weg, um Differenzen in parlamentarischen Demokratien zu lösen. Es gebe viele weitere Themen zu diskutieren und Griechenland sei bereit, alle Angelegenheiten zu besprechen.

III. Ständiger Ausschuss

Am 1. Januar 2020 hat die Amtszeit der neuen Generalsekretärin Ruxandra Popa begonnen. Der Ständige Ausschuss stimmte ihrem Vorschlag zu, den bisherigen Direktor des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie, Henrik Bliddal, zum stellvertretenden Generalsekretär zu ernennen.

IV. Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte unter dem Vorsitz von Campbell of Pittenweem (Vereinigtes Königreich) am 19. und am 20. November 2020. Schwerpunkte der Beratungen war die Partnerschaft zwischen der NATO und der EU vor dem Hintergrund weltweiter Veränderungen, die Sicherheitslage in der Golfregion und die Folgen für die globale und euroatlantische Sicherheit durch den Aufstieg Chinas.

1. Gespräch mit dem griechischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Nikos Dendias

Außenminister **Nikos Dendias** ging auf die besondere Rolle der NATO für den Schutz der östlichen und südlichen Flanke ein. Die NATO sei eine militärische, politische Organisation, die auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, der Menschenrechte und der im internationalen Recht verankerten gemeinsamen Werte operiere. Griechenland begrüße den „NATO 2030“ Reflexionsprozess. Bei der Suche nach Antworten auf internationale Bedrohungen dürfe sich die NATO jedoch nicht überdehnen. Nachhaltige Ausgaben im Verteidigungsbereich und die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels seien wichtig, damit die NATO ihren technischen Vorsprung nicht verliere. Griechenland übertreffe das Zwei-Prozent-Ziel. Der zweigleisige Ansatz gegenüber Russland müsse fortgeführt werden. Im Hinblick auf die anwachsende militärische Macht müssten die Bemühungen um eine Einbindung Chinas in die Abrüstungsgespräche verdoppelt werden. Er hob die Rolle der NATO bei der Bekämpfung der illegalen Migration in der Ägäis hervor und erklärte, eine verstärkte Anstrengung seitens der Alliierten würde ein überfälliges Signal der Solidarität an Griechenland senden. Er lobte die gemeinsame NATO-EU-Erklärung von 2016 und forderte eine Verstärkung der NATO-EU-Beziehungen, so dass Fortschritte bei den Konflikten in Libyen, Syrien und bei der Migration erzielt werden könnten. Griechenland verfolge verantwortliche Politik und setze sich für Frieden, Sicherheit und Entwicklung ein. Die NATO dürfe das Vorgehen mancher Mitgliedstaaten, die die Integrität und Einheit der Allianz gefährdeten, nicht tolerieren. Er ging auf die Folgen der Pandemie ein und erklärte, der Zugang zu einem Impfstoff gegen COVID-19 sei ein Menschenrecht und müsse allen gewährleistet werden. Zum türkischen Vorgehen im östlichen Mittelmeer erklärte er, Griechenland sei offen für bilaterale Gespräche unter der Voraussetzung, dass die Türkei ihre eingeleiteten Probeuntersuchungen nach Gasvorkommen sofort einstellten. Im Streitfall müsse der Internationale Gerichtshof in der Sache entscheiden. **Nikos Dendias** ging auf die bilateralen Beziehungen zu China ein und erläuterte hinsichtlich dessen Einfluss auf den Hafen von Piräus, dass zwischen zwei Perioden unterschieden werden müsse. In der ersten Phase zwischen 2010 bis 2011 habe Griechenland nur einen Teil des Hafens privatisiert. In einer zweiten Phase habe die EU-Troika auf den vollständigen Verkauf des Hafens bestanden. Im Bieterverfahren sei China der einzige Interessent gewesen, so dass Griechenland keine andere Wahl als den Verkauf des Hafens an China gehabt habe. Die damalige Forderung nach einer vollständigen Privatisierung werde heute auch von den einstigen internationalen Befürwortern eines Verkaufs als ein Fehler bewertet. In der anschließenden Diskussion gingen die türkischen Vertreter auf die Frage der Rechtmäßigkeit von Probebohrungen von möglichen Gasvorkommen ein. Sie betonten, dass die Türkei zur Vermeidung eines Streits lange abgewartet habe. Auf die Frage nach dem Umgang Griechenlands mit Migrantinnen und Migranten erklärte **Nikos Dendias**, die irreguläre Migration sei ein großes Thema für Europa und besonders für Griechenland. Gemeinsame Anstrengungen seien notwendig und der Schutz der Flüchtlinge eine europäische Aufgabe.

2. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Partnerschaft NATO-EU vor dem Hintergrund weltweiter Veränderungen“ des Unterausschusses für NATO-Partnerschaften, vorgelegt von der Berichterstatterin Sonia Krimi (Frankreich)

Sonia Krimi erklärte, 21 NATO-Mitglieder seien derzeit auch Mitglieder der EU. Beide Organisationen seien natürliche Partner im Hinblick auf die gemeinsamen Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und stünden vor ähnlichen strategischen und globalen Herausforderungen. Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie habe den Wert der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung verdeutlicht. Die NATO habe wichtige militärische und logistische Fähigkeiten bereitgestellt, während die EU politische und sozio-ökonomische Antworten für die Gesundheitssysteme erarbeitet habe. Beide bekämpften Falschinformationen und hybride Bedrohungen. Sie ging auf die Entwicklung der Zusammenarbeit seit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung vor dem NATO-Gipfel in Warschau in 2016 durch EU-Ratspräsident Tusk, EU-Kommissionspräsident Juncker sowie NATO-Generalsekretär Stoltenberg ein, die sieben Prioritäten für eine Kooperation enthalte. Diese seien die Verteidigung gegen hybride Bedrohungen, die operative Zusammenarbeit auf See und bei der irregulären Migration, die Cybersicherheit und Cyberabwehr, die Verteidigungsfähigkeiten, die Rüstungsindustrie und Forschung, gemeinsame Übungen sowie die Unterstützung der Partner im Westlichen Balkan und den östlichen und südlichen Nachbarn beim Aufbau von Fähigkeiten sowie der Stärkung ihrer Abwehrkräfte. Die Zusammenarbeit habe neue Impulse erhalten und in den Bereichen militärische Mobilität, Cybersicherheit und bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen seien beachtliche Fortschritte erzielt worden. Als ein Beispiel für eine erfolgreiche maritime Zusammenarbeit nannte sie die Unterstützung der EUNAVFOR MED Operation Sophia durch den NATO-Einsatz SEA GUARDIAN. EU und NATO unterhielten regelmäßigen und engen Kontakt, jedoch blieben Synergien wegen institutioneller Unzulänglichkeiten und gegenseitigen Misstrauens unvollständig. Sie kritisierte, dass für NATO-EU-Treffen auf hoher Ebene nur ein informeller Rahmen vorgesehen sei, der den Austausch von eingestufteten Informationen entgegenstehe. Obwohl die Teilnahme der EU bei Treffen der NATO-Verteidigungsminister vorgesehen sei, sei die EU nicht zum Treffen im November 2020 eingeladen worden. Der stellvertretende NATO-Generalsekretär habe versichert, dass es sich um eine Ausnahme aufgrund organisatorischer Probleme gehandelt habe. Sie erklärte, in 38 der 47 PESCO-Projekte kämen Prioritäten der NATO zum Ausdruck, die bislang von der EU erreichte Fähigkeitsentwicklung sei jedoch enttäuschend. So seien die taktischen Gruppierungen nicht entwickelt worden und der mehrjährige EU-Finanzrahmen sehe Kürzungen bei den Verteidigungsprojekten vor. Positiv bewerte sie die Anhebung des EU-Haushalts für die militärische Mobilität auf 1,5 Milliarden Euro. Die von der NATO veröffentlichten Zahlen für die Verteidigungsausgaben in 2020 gäben Anlass für Optimismus. Die seit 2015 anwachsenden Gesamtausgaben der NATO-Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich seien in 2020 um 4,3 Prozent gestiegen und zehn Alliierte erreichten das Zwei-Prozent-Ziel. Sie begrüßte das Übereinkommen vom 5. November 2020, in dem der Rat der EU die allgemeinen Bedingungen für die Teilnahme von Nicht-EU-Staaten an einzelnen Projekten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) festgelegt habe. Dies sei für die sieben Alliierten, die Nicht-EU-Mitglieder seien, von großer Bedeutung. Zusammenfassend betonte sie die Bedeutung des amerikanischen Engagements für die europäische Sicherheit ungeachtet einer weiteren Entwicklung europäischer Fähigkeiten. Angesichts der komplexen Beziehungen der Türkei zu einzelnen EU- und NATO-Staaten seien Hürden für eine formalisierte Zusammenarbeit schwer zu überwinden. Sie begrüßte die jüngsten Verhandlungserfolge bei den türkisch-griechischen Auseinandersetzungen über Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer und forderte einen Ausbau der formalisierten Zusammenarbeit auf der Grundlage der Berlin-Plus-Vereinbarung, die insbesondere vor dem Hintergrund des Aufstiegs Chinas und auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz von großem Mehrwert sei.

In der Debatte wurde im Schwerpunkt die Frage diskutiert, ob vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sicherheitsinteressen die EU eine unabhängige Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur anstreben solle und wie NATO-Staaten, die nicht Mitglieder der EU seien, einbezogen werden könnten, ohne dass die kollektive Verteidigung der NATO gefährdet werde. Der geänderte Bericht wurde angenommen.

3. Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheit und politische Dynamik in der Golfregion“ des Unterausschusses für die transatlantischen Beziehungen, vorgelegt vom Berichterstatter Ahmet Yildiz (Türkei)

Ahmet Yildiz erklärte, bereits vor Ausbruch der Pandemie habe sich die Golfregion in einer besonders gefährdeten Lage befunden, die Pandemie und die daraus resultierende Erosion der Sicherheitslandschaft verstärkte deren Volatilität. Die abnehmende strategische Bedeutung von Energieressourcen in der Golfregion habe das Gefühl

der Unsicherheit verstärkt und seitens der regionalen Akteure zu einer Neubelebung der Suche nach neuen Sicherheitsvorkehrungen geführt. Diese Entwicklung trete zu einer Phase der Unruhen und inneren Konflikten in der weiteren MENA-Region hinzu, in der verschiedene Golfstaaten beträchtliche Eigeninteressen verfolgten, was besonders im Jemen, in Syrien und Libyen zu beobachten sei. Die anhaltende Zerrissenheit der Golfregion zeige sich entlang verschiedener Bruchlinien, unter denen die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und dem Iran besonders hervortrete. Beide Staaten strebten nach der Vorherrschaft in der Region. Das mögliche Ende des JCPoA-Atomabkommens mit dem Iran von 2015 (Gemeinsamer umfassender Aktionsplan beziehungsweise Wiener Nuklearvereinbarung) und die eskalierten Spannungen zwischen dem Iran und den USA gestalte die Sicherheitslage komplexer und komplizierter. Ferner sei der Abschluss von Normalisierungsabkommen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Israel in der gesamten Region nicht nur als Hoffnungszeichen aufgenommen worden, sondern gebe auch Anlass für Besorgnis. Die verheerende COVID-19-Pandemie drohe das empfindliche Gleichgewicht der Kräfte in der Region noch weiter aus den Angeln zu heben. Die euro-atlantische Staatengemeinschaft solle daher dabei helfen, die Chancen zu nutzen und die negativen Auswirkungen abzufedern. Die Partnerschaft der NATO mit den Staaten der Golfregion gehe bis in die Mitte der 1990er Jahre zurück und sei 2004 durch die Istanbul Kooperationsinitiative auf eine neue Ebene gehoben worden. Die Beziehung stehe vor einem Scheideweg, da die NATO neue Ansätze für ihr Engagement in der Region suche. Die NATO-Verteidigungsminister hätten im Februar 2020 eine Verstärkung der NATO-Schulungsmission im Irak vereinbart, daher müssten die Regierungen die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Irak aufmerksam verfolgen, da sie für die euro-atlantische Sicherheit von grundlegender Bedeutung seien. Aufgrund der Pandemie und des Einbruchs der Einnahmen aus dem Ölverkauf könne der Irak politisch und wirtschaftlich in eine katastrophale Lage geraten. Vor diesem Hintergrund sei die Existenz einer starken Regierung von überragender Bedeutung für die Stabilität des Landes. Abschließend forderte er, dass die Gespräche über eine Neubelebung der Beziehung zur Golfregion Bestandteil der Beratungen über die Reform „NATO 2030“ sein sollten.

In der Aussprache herrschte Übereinstimmung darin, dass die NATO sich verstärkt um die Region kümmern müsse. Ein israelischer Abgeordneter (Beobachter) argumentierte, mit den sogenannten Abraham-Abkommen (Normalisierungsabkommen) würden die Spannungen im Mittleren Osten abgebaut und die Sicherheitslage verbessert werden. Einige Mitglieder stimmten dieser Aussage zu und bezeichneten die Abkommen als „game changer“, die für Palästina und dem Iran Anlass sein sollten, diese Gelegenheit ebenfalls zu ergreifen. Ein ukrainischer Delegierter (assoziiertes Partner) bat den Hinweis aufzunehmen, dass der Iran bei seinem irrtümlichen Abschuss eines ukrainischen Passagierflugzeugs eine Rakete aus russischer Produktion eingesetzt habe. Der geänderte Bericht wurde angenommen.

4. Annahme des Sonderberichtsentwurfs „COVID-19 und transatlantische Sicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Campell of Pittenweem (Vereinigtes Königreich)

Campell of Pittenweem erläuterte, der Sonderbericht untersuche die erheblichen Auswirkungen der Pandemie auf die internationalen Beziehungen und auf die Konkurrenz der Großmächte. Ein Schwerpunkt liege auf der Reaktion der NATO und das Maß an Solidarität, welches innerhalb der euro-atlantischen Gemeinschaft vermittelt werde. Er forderte ein verstärktes Engagement im Rahmen globaler Institutionen, unter anderem in den Vereinten Nationen und ihrer Gremien. Es gehe darum sicherzustellen, dass die Werte der demokratischen, freiheitlichen Nationen in diesen Organisationen angemessen vertreten seien. Die Pandemie könne eine substanzielle Überarbeitung dieser Institutionen einschließlich der Weltgesundheitsorganisation erfordern. In diesem Prozess spiele die Führungskompetenz und die Unterstützung der demokratischen Staaten eine entscheidende Rolle. Wenn die auf festen Regeln beruhende Ordnung bewahrt werden solle, sei ein aktives Engagement der USA im internationalen System unverzichtbar. Das weltweite Sicherheitsumfeld werde nach der COVID-19-Pandemie durch Konfrontation und Kontroverse sowie durch ein verschärftes geopolitisches Wettrennen zwischen den Staaten geprägt sein. Die Sicherung angemessener Finanzmittel für Verteidigung und Sicherheit im Sinne der Festlegung des Bündnisses auf den anlässlich des Gipfels von Wales 2014 vereinbarten Defence Investment Pledge werde von lebenswichtiger Bedeutung sein. Die Parlamente des Bündnisses spielten in dieser Hinsicht eine wesentliche Rolle. Auf der Grundlage der aus dieser Pandemie gezogenen Lehren solle die NATO eine Überprüfung ihrer Mechanismen sowie ihrer Stärken und Fähigkeiten vornehmen, um deren Einsatzfähigkeit bei zukünftigen Notfällen dieser Art zu ermitteln und die Reaktionszeiten zu verkürzen. Ferner sollten die NATO-Mitglieder eine Aufstockung der Mittel für die euro-atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe (EADRCC) vornehmen, die einmal mehr ihre Leistungsfähigkeit bewiesen habe. Die Bündnisstaaten sollten ihre nationalen Sicherheitsstrategien überprüfen und dabei ihren Fähigkeiten zur Reaktion auf Herausforderungen wie Gesund-

heitskrisen und Pandemien eine höhere Priorität einräumen. Allerdings dürfe die NATO sich bei allen Vorbereitungen auf derartige Zukunftsszenarien nicht von ihrer eigentlichen Kernaufgabe der Abschreckung und des Schutzes ihrer Mitglieder vor den eher konventionellen Sicherheitsgefahren ablenken lassen. Zu China führte er aus, die NATO müsse zu einer besseren Koordinierung ihrer Politik gegenüber der Volksrepublik finden. Ein Zurück zum „business as usual“ könne und dürfe es mit Peking nicht geben. Insbesondere müssten die Bündnispartner ihre Anstrengungen verdoppeln, um Investitionen Dritter in strategisch wichtige Infrastrukturen einzudämmen und in strategischen Bereichen wie denjenigen von Medikamenten und Medizingerät eine Diversifizierung der Lieferketten zu fördern. Die Verantwortlichen im Bündnis sollten über ein Mandat und die entsprechenden Ressourcen für die NATO nachdenken, um ihre Mitglieder bezüglich der Sicherheitsauswirkungen von Drittinvestitionen in systemrelevante Industriezweige und Infrastrukturen beraten zu können. Dies solle auf einer breiteren und stärker strategisch angelegten Basis erfolgen als die NATO es gegenwärtig vornehme. Auch die Koordinierung mit der EU sei in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Die Pandemie habe die Bedeutung eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes in Fragen der Sicherheit deutlich gemacht sowie den Mehrwert, der in der Zusammenarbeit von NATO und EU in Fragen von Logistik und militärischer Mobilität liege. Es sei zu hoffen, dass die EU auch weiterhin ausreichende und angemessene Mittel für Projekte zur militärischen Mobilität bereitstelle. Die Widerstandsfähigkeit der Cyberstrukturen zu gewährleisten werde nach der Pandemie eine besonders wichtige Aufgabe darstellen, zumal Gesellschaft, Regierungen und der Militärssektor mit einiger Wahrscheinlichkeit ihre Abhängigkeit von der Online-Kommunikation noch erhöhen dürften. Die bereits erheblichen Bemühungen der NATO um den Schutz der alliierten Netzwerke und die Erhöhung der „Cyber-Resilienz“ müssten gesteigert werden. Die NATO-Mitglieder sollten die Arbeit ihrer Geheimdienste überprüfen, um deren Fähigkeit zu steigern, bedeutende Notfälle im Gesundheitsbereich frühzeitig zu erkennen, was auch die Beschäftigung von bzw. die Zusammenarbeit mit Virologen, Toxikologen, Ärzten und weiteren Fachleuten umfasse. Er dankte für die von der türkischen und der ukrainischen Delegation eingebrachten Änderungen.

Der geänderte Sonderbericht wurde angenommen.

5. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Chinas Aufstieg: Folgen für die globale und euro-atlantische Sicherheit“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Gerald E. Connolly (USA)

Generalberichterstatter **Gerald E. Connolly** ging auf den rasanten Aufstieg Chinas in den vergangenen 20 Jahren ein und erklärte, die chinesische Armee habe sich von einer archaischen Volksbefreiungsarmee zu einer Weltklassenarmee mit der weltweit größten Marine und einem schnell anwachsenden Nukleararsenal gewandelt. Der Bericht beinhalte eine ausführliche Darstellung der chinesischen Strategie der „militärisch-zivilen Fusion“, die dazu diene, zivile und militärische Innovationen zu integrieren und sich durch den Diebstahl westlichen geistigen Eigentums, erzwungenen Technologietransfer und verstärkter Forschung durch internationale akademische Zusammenarbeit auszeichne. Des Weiteren analysiere der Bericht die digitalen Manipulationen, den Anstieg von Desinformationen und Propaganda. Obwohl die Niederschlagung der demokratischen Bewegung in Hongkong das Ansehen Chinas beschädigt habe, führe Peking weiterhin umfassende „soft power“-Kampagnen, die Eingang in internationale Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Weltgesundheitsorganisation gefunden hätten. Ferner werde das chinesische Vorgehen im südlichen und östlichen Chinesischen Meer und in der Arktis untersucht. Vor dem Hintergrund, dass Peking weiter als Berlin vom Nordpol entfernt sei, sei die chinesische Selbsteinschätzung als einen „nahen arktischen Staat“ zumindest „interessant“. Die Bezugnahme auf China in der Londoner Erklärung der NATO in 2019 sei ein begrüßenswerter erster Schritt, dem eine Neuausrichtung der strategischen Dokumente der NATO, beispielsweise des Strategiekonzepts, ebenso folgen müsse wie neue Prioritäten in der Verteidigungsplanung, der Ausbildung sowie der Entwicklung neuer Fähigkeiten. Die Verbündeten sollten gemeinsam eine Risikobewertung vornehmen, die sich aus den chinesischen Aktivitäten für die Sicherheit ergeben könnten. Von der Allianz sei zwar nicht zu erwarten, dass sie sofort umfassende Operationen im Indopazifik durchführen im Stande sei, sie könne sich jedoch Möglichkeiten zur Unterstützung des in der Region aktivsten Verbündeten, den USA, erschließen. Sich auf die mit China verbundenen Herausforderungen einzustellen, sei für die NATO eine pragmatische Notwendigkeit und keine Aufforderung zum Beginn eines neuen Kalten Krieges. Die NATO und ihre Mitglieder sollten die Sicherheitszusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern im Indopazifik verstärken, um globale öffentliche Güter wie die Freiheit der Meere und des Luftraums, des Weltraums und des Cyberspace zu bewahren und zu schützen. Insbesondere für die Zusammenarbeit mit Australien und Japan sei ein neuer gemeinsamer Rahmen für regelmäßige Konsultationen nach dem Vorbild der intensiven Beratungen zwischen der NATO, Finnland und Schweden einzurichten. Trotz der zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen China und einigen Bündnismitgliedern bestehe noch Spielraum für eine gute Zusammenarbeit mit China.

NATO-Frachtflugzeuge hätten auch in Phasen, in denen die Ausbreitung des Coronavirus Anlass für diplomatische Spannungen geworden sei, dringend benötigte medizinische Hilfsgüter von China in die Bündnisstaaten befördert. Themen wie die Rüstungskontrolle, militärische Transparenz oder Nordkorea lägen im gemeinsamen Interesse. China sei kein wohlgesinnter, sondern ein böswilliger Akteur. Das Land mit der weltweit größten Bevölkerung, der zweitgrößten Wirtschaft und den zweithöchsten jährlichen Militärausgaben sei ein autoritärer Staat, der die Menschenrechte grob verletze, Cyberspionage und staatliche Unternehmen einsetze, um private Konkurrenten in wichtigen Branchen zu schwächen, der das Völkerrecht und Hoheitsgebiete missachte und sich ein Netzwerk globaler Infrastruktur sichere. Die NATO müsse mehr tun, als dies nur zur Kenntnis zu nehmen und Fähigkeiten zur Überwachung der Bedrohungen durch China entwickeln. Die Allianz solle die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für den Indopazifik prüfen, das Initiativen aufzeigen könne, die es den Verbündeten ermöglichen, mit regionalen Partnern zusammenzuarbeiten. Erforderlich sei ein umfassendes Verständnis für die Herausforderungen durch China und die dafür notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu entwickeln. Der geänderte Bericht wurde angenommen.

6. Beratung des Entschließungsentwurfs „Eine transatlantische Strategie in Bezug auf China“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Gerald E. Connolly (USA)

Der Generalberichterstatter erläuterte, die Entschließung hebe hervor, dass die chinesische Führung nicht die liberal-demokratischen Werte der NATO teile und versuche, einzelne Teile der regelbasierten liberalen Weltordnung auszuhebeln. Sie bedrohe offene Gesellschaften und versuche, ihr autoritäres Staatsmodell zu exportieren. Die Versammlung sei sich bewusst, dass China sehr schnell militärische Fähigkeiten, darunter auch interkontinentale nukleare Raketen, Hyperschall-Waffensysteme und Marinefähigkeiten, entwickle und einsetze und sich gleichzeitig weigere, in Schlüsselbereichen Rüstungskontrollverhandlungen zu führen. Die Entschließung drücke die Sorge über das zunehmend aggressive internationale Verhalten Chinas aus. Dies betreffe unter anderem diplomatische und wirtschaftliche Einschüchterung, eine waghalsige regionale Politik, Machtdemonstrationen im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie im Himalaya, militärische Übungen in der Ostsee und im Mittelmeer und die eklatante Missachtung des internationalen Seerechts, vor allem im Südchinesischen Meer. Nachdrücklich verurteilt werden die massiven Menschenrechtsverletzungen einschließlich der Unterdrückung der Demokratie in Hongkong und von religiösen und ethnischen Minderheiten, insbesondere Angehörigen der uighurischen und tibetischen Gemeinschaften. Gefordert werde eine Anpassung des strategischen Konzepts der NATO an das sich rasch verändernde globale strategische Umfeld, in dem der Aufstieg Chinas ein Schlüsselement darstellen solle. Hierzu könne die Einrichtung eines NATO-Exzellenzzentrums in der indopazifischen Region förderlich sein. Bei allen Ansätzen gegenüber China solle die Menschenrechtsdimension priorisiert und China für Rechtsbrüche zur Verantwortung gezogen werden. Erforderlich sei, die individuelle und kollektive Resilienz gegenüber den von Chinas Desinformationskampagnen, Cyber-Angriffen und Cyber-Störmanövern ausgehenden Bedrohungen zu verbessern. Acht Änderungsanträge wurden beraten und abgestimmt. Die Entschließung wurde in geänderter Fassung angenommen.

7. Wahl von Amtsträgerinnen und Amtsträgern

Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Cheryl Gallant (Kanada) und zum Generalberichterstatter Brendan Boyle (USA) gewählt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Nato-Partnerschaften“ wurde Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) und zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ Hamilton of Epson (Vereinigtes Königreich) gewählt. Für den Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat wurden Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) und Ojars Kalnins (Lettland) gewählt.

V. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von Michael R. Turner (USA) am 21. und am 22. November 2020. Schwerpunkte der Beratungen waren die Entwicklungen im östlichen Mittelmeerraum, die Lage im Westbalkan, die Defence Capacity Building Initiative der NATO sowie die Modernisierung des russischen Militärs.

1. Gespräch mit dem griechischen Verteidigungsminister Nikolas Panagiotopoulos zum Thema „Der Anpassungsprozess der NATO und die Entwicklungen im östlichen Mittelmeerraum“

Verteidigungsminister **Nikolas Panagiotopoulos** führte aus, im August seien wegen der Bedrohung von Souveränitätsrechten die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt worden. Griechenland engagiere sich für einen Dialog auf der Grundlage des internationalen Rechts. Provokationen gegen Souveränitätsrechte müssten beendet werden und jeder müsse dazu beizutragen, dass die Gespräche in gutem Glauben wieder aufgenommen werden könnten. Griechenland sei entschlossen, mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes in seine Verteidigung zu investieren und werde im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin in Afghanistan, Irak und auf dem Balkan präsent sein. Die illegale Migration stelle ein bedeutendes Sicherheitsanliegen dar. Der Zusammenhalt innerhalb der EU und der europäischen Gesellschaften würden durch die Massenmigration unter Druck gesetzt und die NATO könne das Thema nicht ignorieren. Er sprach sich für die Beibehaltung des Konsensprinzips in der NATO und gegen Mehrheitsentscheidungen aus, die zu einem Auseinanderdriften der Bündnispartner führen könnten. Die politische Dimension des Bündnisses solle gestärkt, die NATO mit der EU enger zusammenarbeiten und der Kontakt zu den 40 NATO-Partnern intensiviert werden. Die Stärke der NATO liege in ihrer Fähigkeit, auf bestehende und neue Sicherheitsbedrohungen zu reagieren und sich anzupassen.

Auf die Frage nach einer Einschätzung der Sicherheitslage auf dem Westbalkan antwortete **Nikolas Panagiotopoulos**, die Stabilisierung und Sicherung des Westbalkans müsse wieder ein Schwerpunkt für die NATO werden. Griechenland setze sich für gute nachbarliche Beziehungen ein. Auf die Frage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich), wie die illegale Migration bekämpft werden könne, antwortete er, ein stärkeres europäisches Engagement bei den Grenzkontrollen und eine gerechtere Lastenteilung sollten mit einer stärkeren Kontrolle durch die NATO kombiniert werden. Zur Beobachtung von Migrationsbewegungen und für die Kontrolle von Menschenhandel nach Griechenland seien NATO-Fähigkeiten notwendig. Auf die Frage von **Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich), ob das strategische Konzept der NATO überarbeitet werden müsse, verwies er auf die Stärke der NATO, sich ständig an neue Sicherheitsbedrohungen anzupassen, die sich beispielsweise durch Cyber-Angriffe ergeben könnten. Er appellierte an den Zusammenhalt der NATO, der nicht gefährdet werden dürfe. **Utku Cakirozer** (Türkei) erklärte, die Türkei sei offen für den Dialog und für eine gerechte Lösung im Konflikt im östlichen Mittelmeer. Der Verteidigungsminister erwiderte, Griechenland habe sich nicht gegen einen Dialog ausgesprochen, der jedoch den Verzicht auf provokative und destabilisierende Handlungen voraussetze. **Jean-Charles Laronneur** (Frankreich) erklärte, entscheidend sei, dass die Alliierten die grundlegenden Werte der Allianz einhielten, die das euro-atlantische Gebiet zu einem sicheren Raum machten. Die NATO und die EU setzten sich gemeinsam für die Einhaltung der Menschenrechte ein, daher sollten sie sich stärker im Mittelmeerraum engagieren. Er erkundigte sich, welchen Beitrag Griechenland für die Interoperabilität leisten könne. **Nikolas Panagiotopoulos** führte aus, die NATO-Wertegemeinschaft basiere auf dem Respekt für das internationale Recht und auf guten, nachbarschaftlichen Beziehungen. Bei Auseinandersetzungen innerhalb der NATO müssten zentrale Werte und Prinzipien eingehalten werden. Das Militärbündnis beruhe auf dem Prinzip der Lastenteilung, zu dem Griechenland beitrage, indem es auf neue Sicherheitsbedrohungen aufmerksam mache und kompetente Streitkräfte besitze.

2. Sonderberichtsentswurf „Die Rolle der NATO-Streitkräfte im Zuge der COVID-19-Pandemie“, vorgelegt von Präsident Attila Mesterházy (Ungarn)

Attila Mesterházy legte dar, dass die Corona-Pandemie eine erhebliche Erschütterung der internationalen Ordnung bedeute. Der Kampf gegen die Erkrankung und um die Beherrschung ihrer Epidemiologie werde tiefgreifende und langfristige Konsequenzen für Wirtschaft, Politik und Sicherheit nach sich ziehen. Ein weltweites Vorgehen sei erforderlich. Die NATO-Mitglieder und ihre Partner arbeiteten unermüdlich zusammen, um dieser nie zuvor erlebten Herausforderung begegnen zu können. Wie in dem vorliegenden Berichtsentswurf dargelegt, hätten die Bündnispartner die notwendigen Mittel mobilisiert, um der Herausforderung der Coronavirus-Pandemie begegnen zu können. Ihre Streitkräfte hätten ergänzend zu den heroischen zivilen Anstrengungen, der Verbreitung des Virus Einhalt zu gebieten und seine Auswirkungen einzudämmen, eine entscheidende verstärkende Rolle gespielt. Bestehende und bewährte Praktiken sowie eingeübte Logistiknetze ermöglichten die rasche Verlegung der benötigten medizinischen Ausstattung und des entsprechenden Personals. Die alliierten Streitkräfte erfüllten eine Reihe lebenswichtiger Aufgaben, so beispielsweise indem sie Polizeikräfte, Grenzkontrollen oder bei der Verlegung von Kranken unterstützten. Die Antwort des Bündnisses auf die Corona-Pandemie belege die Fähigkeit der NATO zu einer dynamischen Reaktion im Krisenfall. Die Krisenbekämpfung gehöre neben der kollektiven Verteidigung und der Sicherheitszusammenarbeit zu den drei Kernaufgaben der NATO. Dank der zuletzt im

Bündnis durchgeführten Anpassungen, erhöhter Investitionen und ihrer jahrzehntelangen, äußerst wertvollen Erfahrung seien die Bündnispartner in der Lage, in allen drei Bereichen gleichzeitig Leistung zu zeigen. Dass der Schwerpunkt gegenwärtig auf der Krisenbewältigung liege, bedeute keine Minderung der Fähigkeit der Allianz, auch ihrer Verantwortung bei der kollektiven Verteidigung gerecht zu werden. Der Sonderberichtsentswurf wurde angenommen.

3. Beratung des Berichtsentwurfs „Die DCB-Initiative der NATO zum Aufbau von Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten“ des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, vorgelegt von Berichterstatterin Lara Martinho (Portugal)

Lara Martinho ging auf die Rolle der NATO während der COVID-19-Pandemie ein, die darin bestanden habe, den NATO-Partnern zu helfen, auch während der Pandemie fähige und nachhaltige Streitkräfte zu bilden. Die Bemühungen trügen dazu bei, die Effizienz der Streitkräfte der Partnern zu erhöhen sowie Frieden und Sicherheit in den Regionen aufrechtzuerhalten. Die Defence Capacity Building Initiative (DCB-Initiative) diene dem Aufbau von Verteidigungsfähigkeiten von ausgewählten strategischen NATO-Partnern mit dem Ziel, deren Verteidigungsinstitutionen und Streitkräfte widerstandsfähiger zu machen. Sie kritisierte, durch eine bessere Weitergabe von Informationsweitergabe könne das Programm effizienter gestaltet werden. Sie forderte eine stärkere politische Unterstützung für die DCB-Initiative auf parlamentarischer Ebene sowie für die Ukraine die Einsetzung eines DCB-Programms zu prüfen.

In der Diskussion erkundigte sich **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich), inwiefern die Berichterstatterin eine Zusammenarbeit der NATO mit Ländern des Nahen Osten vorwegnehme. **Lara Martinho** entgegnete, der Bericht verdeutliche die Bereiche der Initiativen, die durch eine Zusammenarbeit mit Ländern des Nahen Ostens verstärkt werden könnten. **Andrew Wallace** (Australien, Beobachter) fragte nach der zukünftigen Rolle der NATO in Afghanistan und einer möglichen Truppenreduzierung durch die Vereinigten Staaten. **Mike R. Turner** (USA) erklärte, die möglichen Auswirkungen einer Truppenreduzierung auf die Sicherheit in Afghanistan und den Irak seien derzeit Gegenstand von Beratungen. **Lara Martinho** betonte, das Bündnis sei gemeinsam nach Afghanistan gezogen und werde sich auch wieder gemeinsam zurückziehen. **Youcef Messar** (Algerien, regionaler Partner) erkundigte sich nach der Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Versammlung mit Algerien und Tunesien. **Lara Martinho** sprach sich für eine engere Zusammenarbeit mit Algerien aus und erklärte, dass für Tunesien bereits ein DCB-Paket existiere und die bestehende Partnerschaft gestärkt werden müsse. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

4. Beratung des Berichtsentwurfs „Zentrale Probleme bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit auf dem Westlichen Balkan“ des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jean-Charles Larssonneur (Frankreich)

Jean-Charles Larssonneur führte aus, für den Westbalkan sei eine engere euroatlantische Integration von besonderer Bedeutung, der Streit zwischen Belgrad und Pristina sei daher besonders herausfordernd. Bosnien-Herzegowina bemühe sich um Stabilisierung, die Errichtung von rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen erweise sich weiterhin als schwierig. Junge Menschen sähen sich gezwungen, ihre Heimat für eine bessere Zukunft zu verlassen. Russland sei der Ansicht, die schwierige Situation zum eigenen Vorteil nutzen zu können und übe einen starken Einfluss dahingehend aus, die euro-atlantischen Werte auszuhöhlen. Auch sei der chinesische Einfluss in der Region von großer Bedeutung. Die COVID-19-Pandemie habe erhebliche Folgen für den Westbalkan. Zu Beginn der Krise hätten sich die Bündnispartner um schnelle Hilfen bemüht und sowohl die NATO als auch die EU hätten versucht, den russischen und chinesischen Desinformationskampagnen entgegenzuwirken. Er forderte eine bessere NATO-EU-Zusammenarbeit und eine Einigkeit im Bündnis zur Überwindung des Stillstandes in Bosnien-Herzegowina. Die Grundlage für eine Zusammenarbeit seien die gemeinsamen Werte und die Einhaltung der Beitrittskriterien.

In der Diskussion betonte **Jouzas Olekas** (Europäisches Parlament, assoziierter Partner) die Bedeutung einer EU- und NATO-Mitgliedschaft für die Länder des Westbalkans. Auf seine Frage, wie die Versammlung die Implementierung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten unterstützen könnten, erwiderte **Jean-Charles Larssonneur**, die Jahrestagung sei eine gute Plattform für einen Dialog und ein weiteres Engagement sei beabsichtigt. **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) bat um eine Einschätzung der Beitrittsbemühungen. **Jean-Charles Larssonneur** erklärte, Fortschritte seien erzielt worden, jedoch sei die Situation weiterhin angespannt und besorgniserregend. **Dragan Sormaz** (Serbien, assoziiertes Mitglied) legte dar, die serbische Delegation begrüße das Interesse der Versammlung am Westbalkan und der Bericht stelle die Situation in der Region richtig dar. Für Serbien

sei wichtig, Mitglied in der EU zu werden und diesen Dialog erfolgreich zu beenden. Die serbische Delegation spreche sich dafür aus, das Kosovo als einen unabhängigen Staat zu bezeichnen. **Jean-Charles Larssonneur** erwiderte, dass nur die vereinbarte Sprache der NATO verwendet werden könne. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

5. Podiumsdiskussion zum Thema „Modernisierung des russischen Militärs“

a) Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Modernisierung des russischen Militärs: Herausforderungen für die NATO-Verbündeten“, vorgelegt von Generalberichterstatter **Cédric Perrin** (Frankreich)

Cédric Perrin erklärte, der Bericht sei mit Informationen zur elektronischen und zukünftigen Kriegsführung, wie beispielweise mittels hybrider Taktiken, aktualisiert worden. Das mit dem *State Armament Programme 2020* (SAP) verfolgte Ziel, die russischen Streitkräfte mit moderner Ausrüstung auszustatten, sei größtenteils erfolgreich umgesetzt worden. Das SAP 2020 fördere See-, Luft- und Raumfahrtstreitkräfte, das SAP 2027 das Heer. Die vom Westen verhängten Sanktionen und die stark gesunkenen Energieeinnahmen schränkten das russische Modernisierungsprogramm ein. Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie habe das russische Finanzministerium Kürzungen der Verteidigungsausgaben angekündigt, die auch die Ausgaben für das SAP 2027 reduzierten. Der durch die Pandemie zusätzlich entstandene wirtschaftliche Druck habe die Spannungen in der Zivilgesellschaft verstärkt. Die Modernisierung des russischen Militärs umfasse neben Investitionen in neue Ausrüstungsplattformen erhebliche strukturelle, organisatorische und konzeptionelle Reformen. Nach Aussagen russischer Führungskräfte werde deutlich, dass Russland seine Macht nutzen und versuchen werde, das internationale System nach seinen Interessen umzugestalten. Hinzu komme, dass Russland versuche, die Werte des Bündnisses zu untergraben. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssten die Alliierten ihre individuellen und gemeinschaftlichen Fähigkeiten stärken sowie Investitionen in Verteidigungsinstitutionen beibehalten und steigern.

b) Vortrag von **Dr. Richard Connolly**, Direktor des Instituts für Russische, Osteuropäische und Europäische Studien an der Universität von Birmingham, Direktor der Beratung *Eastern Advisory Group*, zum Thema „Modernisierung des russischen Militärs: Herausforderungen und Perspektiven“

Dr. Richard Connolly erklärte, grundsätzlich werde die Gesamtsumme der russischen Verteidigungsausgaben in US-Dollar auf der Basis des internationalen Wechselkurses angegeben. Nach dieser Berechnung habe Russland in 2019 mit Frankreich oder dem Vereinigten Königreich vergleichbare Militärausgaben getätigt. Entscheidend sei jedoch die Kaufkraftparität, die deutlich mache, warum Russland in den vergangenen Jahren so viel militärische Ausrüstung beschaffen können. Seit 2016 schrumpfe der Anteil des Bruttoinlandsprodukts den Russland in das Militär investiere und liege derzeit unter vier Prozent. Ein Großteil der Beschaffungen von militärischem Gerät sei in 2014 und 2015 erfolgt. Im vergangenen Jahrzehnt habe Russland Kampflugzeuge und nuklearbestückte Langstreckenflugkörper erworben. Die landbasierten Langstreckenflugkörper seien die modernsten der Welt. Russlands Stärke liege in der Entwicklung neuer Technologien, seine Schwäche in der Serienproduktion. Russland habe sein Militär verschlankt und modernisiert und benötige weniger Geld für dessen Unterhalt.

Nicu Falcoi (Rumänien) betonte in der Aussprache die Bedeutung, über das zukünftige strategische Profil Russlands informiert zu sein. Die Versammlung müsse weiterhin Russlands Strategie evaluieren. Auf die Frage von **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich), welche Schwächen Russland bei der NATO sehe, erwiderte **Cédric Perrin**, Russland bewerte die Dauer der Entscheidungsfindung in der NATO als Schwäche. **Dr. Richard Connolly** ergänzte, Russland schätze auch die gestiegene Mitgliederzahl als eine Schwächung des politischen Zusammenhalts der NATO ein. Wenn Russland knapp unter der Schwelle eines Konfliktes agiere, könne es in der NATO zu einem Streit kommen, bei einem auf Dauer angelegten Konflikt stehe das wirtschaftlich schwächere Russland jedoch schlechter als das Bündnis da. Angriffe aus der Luft und vom Wasser würden Russland Sorgen bereiten, es sehe hingegen seine Vorteile in den kurzen Entscheidungswegen und auf dem Land. Ferner habe Russland Schwächen im Luft- und Raumfahrtbereich. Derzeit baue Russland ein großes Radarsystem aus, das auch Land- und Seestreitkräfte unterstützen könne. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der Bedrohung durch russische Seestreitkräfte im Nordatlantik und nach einer strategischen Sicht auf Russlands Marine. **Dr. Richard Connolly** antwortete, das russische Schiffbauprogramm sei derzeit das drittgrößte der Welt. Die russischen Werften seien aber wegen aufgekünigter Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine nicht in der Lage, alle erforderlichen Teile für den Schiffsbau herzustellen. Auch die Serienproduktion liefere nicht wie gewünscht. Die vier Flotten müssten modernisiert werden, besonders die Nordmeerflotte zum Schutz der Grenzen sei modernisierungsbedürftig. **Andrew Wallace** (Australien, Beobachter) zog einen Vergleich zu China und erkundigte

sich, in welchem Umfang Russland den Ansatz einer Schuldendiplomatie verfolge. **Dr. Richard Connolly** antwortete, Russland nutze sie in geringerem Umfang als China. Auf die Frage von **Lara Martinho** (Portugal), wie die Pandemie die Höhe der Investitionen im Militärssektor beeinflusse, entgegnete **Dr. Richard Connolly**, in 2020 schrumpfte die russische Wirtschaft um vier bis viereinhalb Prozent, das Land stehe also besser als einige NATO-Staaten da. Russland werde als letztes bei den Verteidigungsausgaben Kürzungen vornehmen. **Gatis Eglitis** (Lettland) ging auf die kostspieligen russischen Interventionen im Ausland vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein. Auf seine Frage, ob sich Russlands Nachbarstaaten sicherer fühlen könnten, erwiderte **Cédric Perrin**, Russland habe zugunsten der Militärausgaben andere Ausgaben gekürzt und könne weiterhin in Ländern intervenieren, indem es sich beispielsweise der „Wagner Gruppe“ bediene. Er glaube aber nicht, dass die Nachbarstaaten sich bedrohter fühlen sollten. **Utku Cakirozer** (Türkei) ging auf die Situation in Bergkarabach ein und erkundigte sich nach den Auswirkungen infolge der russischen Militärpräsenz in der Region für die Militärplanung in der NATO. **Dr. Richard Connolly** erklärte, Russland sehe das Abkommen über Bergkarabach weitgehend im Einklang mit seinen Interessen. Der Generalberichtsentwurf wurde angenommen.

6. Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die Bewahrung des Momentums bei den Verteidigungsinvestitionen des Bündnisses nach COVID-19“, vorgelegt von Generalberichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)

Der Änderungsantrag von Yehor Cherniev (Ukraine, assoziiertes Mitglied) wurde zurückgenommen. Die drei Änderungsanträge von Theo Francken (Belgien) wurden beraten und teilweise angenommen. Die geänderte Entschließung wurde angenommen.

7. Wahl von Amtsträgerinnen und Amtsträgern

Nicu Falcoi (Rumänien) und Utku Cakirozer (Türkei) wurden zu Vize-Vorsitzenden des Ausschusses, Pierre-Hugues Boisvenu (Kanada) und Andreas Loverdos (Griechenland) zu stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ gewählt. Jean-Charles Larsonneur (Frankreich) wurde zum Berichterstatter, Fernando Gutierrez (Spanien) zum Vize-Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ und Fikri Isik (Türkei) in eine der zwei vakanten Positionen im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat gewählt. Alle weiteren Amtsträger im Hauptausschuss und in den Unterausschüssen wurden im Amt bestätigt.

VI. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich) am 19. und am 20. November 2020. Schwerpunkte der Beratungen waren Chinas Umgang mit der freiheitlichen Weltordnung, eine verbesserte Aufklärung über die Tätigkeiten der NATO, die Förderung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

1. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „China und die freiheitliche Weltordnung“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Lord Jopling erklärte, die globale liberale Weltordnung werde unter anderem von China bedroht, das seine Absicht verdeutliche, sich nicht an liberale Normen zu halten und versuche, die globale liberale Ordnung systematisch zu untergraben. Seit seiner Machtübernahme in 2012 habe Präsident Xi die Kontrolle über alle politischen Institutionen, das Militär und die Gesellschaft durch die Kommunistische Partei Chinas durchgesetzt. Unter seiner Herrschaft habe sich die Menschenrechtslage verschlechtert. Die Meinungs-, Religions-, Weltanschauungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit seien eingeschränkt. Die Pekinger Führung gehe hart gegen demokratische Bestrebungen wie beispielsweise in Hongkong vor und habe den uighurischen Muslimen die Grundfreiheiten genommen. Die Bevölkerung werde umfassend überwacht und das Internet zensiert. Er kritisierte den Umgang mit der COVID-19-Pandemie durch die chinesische Führung. Zu Beginn seien Informationen unterdrückt und damit eine rasche Reaktion im eigenen Land und im Ausland verzögert worden. Das habe zur Ausbreitung des Virus beigetragen. Peking setze Desinformation und Propaganda ein, um die eigene Verantwortung zu verlagern, demokratische Regierungen zu untergraben und das eigene autoritäre Regierungsmodell zu fördern. Der Bericht

enthalte ergänzende Ausführungen zu den Bedrohungen für die Sicherheit der Allianz, die durch chinesische Investitionen in strategische Infrastruktur entstanden seien. Ferner seien Informationen über die Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten in China sowie weitere Details über den chinesischen Einfluss auf den Bildungssektor in den NATO-Ländern hinzugefügt worden. Er betonte die Bedeutung der Förderung von liberalen Werten und eines einheitlichen Vorgehens der Allianz gegenüber inakzeptablen Handlungen. Das Bündnis solle sich mit gleichgesinnten Organisationen und Wertepartnern enger abstimmen. Eine Zusammenarbeit mit China sei unerlässlich, um Meinungsverschiedenheiten beizulegen, ohne jedoch die liberalen Werte zu gefährden.

Angel Tilvar (Rumänien) erkundigte nach dem chinesischen Ansatz bei der Bekämpfung der Pandemie. **Lord Jopling** erwiderte, nach Beendigung der Krise sei eine internationale Untersuchung zu den Ursachen der Pandemie erforderlich. **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) fragte nach den Gründen für Chinas Weigerung, Taiwan einen Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) zu verleihen. **Lord Jopling** sprach sich für die Verleihung eines Status als Beobachter für Taiwan aus und erklärte, China übe einen starken Einfluss innerhalb der WHO aus mit der Folge, dass viele Länder gegen einen Status für Taiwan seien. **Manousos Voludakis** (Griechenland) ging auf den Export von Nukleartechnologie und auf die chinesischen Investitionen in ausländische Atomkraftwerke ein. **Lord Jopling** betonte, China sei zu einem wichtigen Akteur im Nuklearbereich geworden, Exporte und Investitionen in Kernkraftwerke führten jedoch nicht notwendigerweise zur Verbreitung von Kernwaffen. **Aleksandrs Kirsteins** (Lettland) kritisierte die Existenz von Arbeitslagern in Nordkorea, die Textilien für verschiedene Unternehmen, darunter auch westliche Marken, herstellten. **Lord Jopling** fügte hinzu, China werde auch beschuldigt, Zwangsarbeiter in Xinjiang einzusetzen. Dies sei ein weiteres Beispiel für die fehlende Bereitschaft Chinas, internationale Normen einzuhalten. Der geänderte Sonderbericht wurde angenommen.

2. **Beratung des Berichtsentwurfs „Verbesserte Information und Aufklärung über die NATO“ des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“, vorgelegt von dem Berichterstatter Angel Tilvar (Rumänien)**

Angel Tilvar erklärte, die Öffentlichkeit sei im Allgemeinen nur wenig über die Allianz und ihre Rolle informiert, was sich bei der erforderlichen Unterstützung durch die Bevölkerung negativ auswirke. Die NATO müsse effektiver kommunizieren, mehr über ihre Aufgaben informieren und aufklären, insbesondere im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Die Allianz sei das Ziel von Desinformations- und Propagandakampagnen aus China und Russland. Das Bündnis habe jedoch einen neuen Ansatz entwickelt und ihre Kommunikationsfähigkeiten ausgebaut. Die Mitgliedstaaten müssten sich engagieren und einige hätten bereits innovative Maßnahmen ergriffen, mit denen sie über die Vorteile der NATO-Mitgliedschaft und die Rolle des Bündnisses informierten. Eine der Kernaufgaben der Versammlung sei es, ein besseres Verständnis für die Ziele der NATO-Missionen sowohl in den Parlamenten als auch bei der eigenen Bevölkerung zu fördern. Die Mitglieder müssten ihre Wählerinnen und Wähler erreichen und Bildungseinrichtungen, wie beispielsweise Schulen und Universitäten besuchen. Die Bildung der nächsten Generation sei von entscheidender Bedeutung, um die Unterstützung für das Bündnis in der Zukunft sicherzustellen. **Liudmyla Buimister** (Ukraine, assoziiertes Mitglied) dankte für die Aufnahme weiterer Informationen zu den Auswirkungen von Desinformation und Propaganda, insbesondere aus Russland. Der geänderte Bericht wurde angenommen.

3. **Abstimmung über den Sonderbericht „Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die zivile Dimension der Sicherheit“, vorgelegt von Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)**

Joëlle Garriaud-Maylam erläuterte die wesentlichen Änderungen und erklärte, der Berichtsentwurf beinhalte nun auch Informationen zu den konkreten Maßnahmen, die die NATO als Reaktion auf die verstärkte Verbreitung von Desinformation und Propaganda getroffen habe. Während der Krise habe die NATO einen Aktionsplan verabschiedet, der auf der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, wie beispielsweise der EU, sowie auf einer Analyse des Umfeldes des öffentlichen Dialogs und einer gezielteren Kommunikation mit den Zielgruppen basiere. Eine Klarstellung hinsichtlich der Definition von „Desinformation“ und „Propaganda“ sei vorgenommen worden. Der Bericht gehe zusätzlich auf die Notwendigkeit ein, die Resilienz von Gesellschaften zu stärken, um für zukünftige Krisen gewappnet zu sein. Die COVID-19-Pandemie habe deutlich gemacht, wie wichtig das Katastrophenrisikomanagement durch die Behörden sowie eine kollektive Antwort der Gesellschaften auf Krisen seien. Dies solle auch Thema eines Generalberichts des Ausschusses im nächsten Jahr werden. Darüber hinaus lägen die Auswirkungen der aktuellen Krise auf die Migration im Fokus des Berichts. Eine erhöhte sozio-ökonomische Verletzlichkeit der Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten könne auf längere Sicht zu mehr

Migration führen. Der Bericht gehe auch auf die schwierige Bekämpfung der Pandemie in Flüchtlingscamps und in Konfliktzonen ein. Die Anregung der georgischen Delegation, die Nutzung von Desinformation als Instrument der Destabilisierung durch Russland gegen Georgien aufzugreifen, habe sie aufgenommen. Der geänderte Bericht wurde einstimmig angenommen.

4. Vorstellung des Generalberichtsentwurfs „Die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit voranbringen“ und der EntschlieÙung „Die Förderung der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Ulla Schmidt (SPD)

Ulla Schmidt (SPD) stellte ihren überarbeiteten Bericht und den EntschlieÙungsentwurf vor. Mit der Annahme der Resolution 1325 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seien Frauen erstmals in den Mittelpunkt der Bemühungen um Frieden und Sicherheit gerückt. Trotz der Fortschritte in der Förderung von Frauenrechten und der Geschlechtergleichstellung sei weiterhin viel zu tun. Frauen seien bei Friedensprozessen, in den Streitkräften und in den Wahlämtern deutlich unterrepräsentiert. Außerdem würden Frauen in Konfliktsituationen häufig sexualisierte Gewalt sowie posttraumatische Störungen erleiden. Die Generalberichterstatterin bekräftigte, dass es nicht nur für Frauen, sondern für die gesamten Gesellschaften und die internationale Stabilität und Sicherheit wichtig sei, die Agenda voranzutreiben, vor allem vor dem Hintergrund zunehmender populistischer Kräfte innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten und in anderen Ländern. Die Resolution 1325 fordere erstens eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen von Friedens- und Sicherheitsprozessen. Dies sei entscheidend mit Blick auf die höhere Erfolgsquote bei Friedensabkommen und die verbesserte Effektivität und Glaubwürdigkeit von Militäroperationen unter Beteiligung von Frauen. Darüber hinaus fordere die Resolution die Prävention und den Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Sexualisierte Gewalt, Vergewaltigungen und Erniedrigungen von Frauen würden als Kriegswaffe und zunehmend als Terrorinstrument eingesetzt. Die Benennung sexueller Gewalt als Kriegsverbrechen ermögliche die Strafverfolgung. Drittens werde die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in allen Bereichen der Konfliktnachsorge und Wiederaufbaumaßnahmen verlangt. Alle maßgeblichen Akteure würden aufgefordert, Maßnahmen zur weiteren Umsetzung der Agenda zu ergreifen. Die Schwierigkeit in der Implementierung liege darin, dass auch vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie ausreichend Finanzmittel bereitgestellt werden müssten. Zudem solle die NATO die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen sowie der Zivilgesellschaft ausbauen. Der Bericht sei unter anderem durch die von Jane Cordy (Kanada) eingebrachten Initiativen von Verbündeten und Partnerländern aktualisiert worden. Darunter die Verabschiedung einer gesetzlichen Geschlechterquote in Ruanda in 2003, die „Elsie Initiative for Women in Peace Operations“ in Kanada, die öffentliche Zusage Deutschlands und des Vereinigten Königreichs, spezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325 durchzuführen und die Anstrengungen Georgiens zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen im Militär. Der Bericht sei ferner mit Ausführungen zu den Auswirkungen der aktuellen COVID-19-Pandemie auf die Geschlechtergleichstellung ergänzt worden. Vor allem Frauen würden unter den Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen leiden. Die finanzielle Unterstützung geschlechtsspezifischer Projekte müsse aufrechterhalten werden, um unter anderem Rückschritte im Kampf um die Gleichberechtigung zu verhindern. Mit der EntschlieÙung werde an die unverhältnismäßig starke Betroffenheit von Frauen in Konflikten und ihre entscheidende Rolle bei der Sicherung von Frieden, Stabilität und Sicherheit erinnert. Gleichzeitig würden Regierungen, Parlamente der NATO-Mitgliedsstaaten und die NATO aufgefordert, konkrete Schritte zur vollständigen Umsetzung der Agenda einzuleiten, namentlich die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter in den Streitkräften, den internationalen Organisationen und Parlaments- und Regierungsorganisationen, die Vorbeugung und der Schutz vor konfliktbezogener sexueller Gewalt gegen Frauen sowie die Einbeziehung geschlechtsspezifischer Aspekte in die Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen in der Konfliktfolgezeit. Sowohl der überarbeitete Bericht als auch die EntschlieÙung verdeutlichten die Notwendigkeit zur Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit bzw. die Förderung von Geschlechtergleichstellung und diese Aspekte müssten in den Reflexionsprozess „NATO 2030“ einfließen.

Marilou McPhedran (Kanada) bezog sich in der Diskussion auf Nr. 15.k. des EntschlieÙungsentwurfes und bekräftigte, dass durch die Formulierung sichergestellt werden solle, dass die lokalen Frauengruppen und zivilgesellschaftlichen Netzwerke finanziell gut ausgestattet seien. Sie appellierte an die Mitgliedsstaaten, Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Sie unterstütze die Verbindung der Resolution 1325 mit der Resolution „Jugend, Frieden und Sicherheit“. **Irakli Beraia** (Georgien) verwies auf den eingereichten Änderungsvorschlag der georgischen Delegation, der empfehle, zu berücksichtigen, dass Georgien den größten Pro-Kopf-Beitrag zum NATO-geführten Einsatz „Resolute Support Mission“ (RSM) in Afghanistan unter großer weiblicher Beteiligung leiste. **Mari-**

anne Marthinsen (Norwegen) machte auf die Rolle von Frauen in gewalttätigen extremistischen Gruppen aufmerksam, die als Teil ihrer Strategie Frauenrechte beschneiden würden. Sie rekrutierten Frauen und setzten sie für ihre Zwecke ein. Viele Mitgliedsstaaten sähen sich aktuell dem Sicherheitsrisiko ausgesetzt, das mit der Rückkehr von Kämpfern aus Kriegsgebieten einhergehe. Sie regte eine Befassung mit diesem Thema an. **Lydia Mutsch** (Luxemburg) informierte über die Erfahrungen in Luxemburg bei der Umsetzung der Agenda und von der Konferenz der Mukwege Foundation in 2019, die sich mit Überlebenden von sexueller Gewalt und dem Thema „Vergewaltigung als Kriegswaffe“ befasst habe. Sie rief die NATO auf, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen und die Beteiligung von Frauen zu unterstützen, insbesondere in Postkonfliktsituationen sowie die Genderperspektive in die Hilfs- und Wiederaufbaumühnungen einzubeziehen. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) fragte nach Wegen, um mehr Männer zu ermutigen, sich für das Thema zu begeistern. Die Generalberichterstatterin antwortete, das Thema werde auch von Männern getragen, schließlich würden alle von der Förderung der Agenda profitieren. **Alessandra Maiorino** (Italien) erklärte ihren Änderungsantrag zum Entschließungsentwurf, der die Einfügung der Empfehlung beinhalte, „Frauen aktiv in die von den Bündnisstaaten und der NATO eingeleiteten strategischen Reflexionsprozesse einzubeziehen, um die Perspektiven bei der Entwicklung und Analyse künftiger sich abzeichnender Sicherheitsszenarien zu integrieren“. Der Bericht in seiner geänderten Fassung wurde einstimmig angenommen. Der Entschließungsentwurf wurde nach Einfügung der Nr. 15.f. in geänderter Fassung bei einer Stimmenthaltung angenommen.

5. Wahl von Amtsträgerinnen und Amtsträgern

Zum neuen Vorsitzenden wurde Angel Tilvar (Rumänien), Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich) zur Generalberichterstatterin und Linda Sanchez (USA) zur Sonderberichterstatterin gewählt. Rodrigue Demeuse (Belgien), Brett Guthrie (USA) und Alessandra Maiorino (Italien) wurden als stellvertretende Vorsitzende, Jane Cordy (Kanada) als Vorsitzende des Unterausschusses für demokratische Regierungsführung, Anissa Khedher (Frankreich) als Berichterstatterin des Unterausschusses und Aleksandrs Kirsteins (Lettland) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses gewählt.

VII. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von Ivans Klementjevs (Lettland) am 20. und 21. November 2020. Themen der Sitzung waren die Schwarzmeerregion, Sicherheit der Energieversorgung, Chinas neue Seidenstraße und die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie.

1. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Schwarzmeerregion: Wirtschaftliche und geopolitische Spannungen“ des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“, vorgelegt von Berichterstatterin **Ausrine Armonaitė** (Litauen)

Die Berichterstatterin betonte die Bedeutung der Region als Knotenpunkt zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten sowie als wichtige Drehscheibe für Energietransporte nach Europa. Trotz guter Entwicklungen in einigen Anrainerländern werde die Region immer wieder durch internationale und innenpolitische Konflikte belastet. Russland habe durch die Konflikte mit Georgien und der Ukraine seine militärische Präsenz am Schwarzen Meer verstärkt. Die unsichere Lage schrecke mögliche Investoren ab und erschwere den wirtschaftlichen Übergang für die Länder, die sich um ihre Integration in die europäische Wirtschaftsordnung bemühten. Der Ausbau der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation sei eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit in der gesamten Region zu vertiefen. Die NATO sei ein wichtiger Akteur für die regionale Sicherheit und die Möglichkeit des Beitritts zum Bündnis, insbesondere für Georgien und die Ukraine, von großer Bedeutung. Die NATO-Mitglieder müssten weiterhin auf die Achtung des Völkerrechts in der Schwarzmeerregion drängen. Wegen der schwerwiegenden Verletzungen des Völkerrechts durch Russland solle an den Sanktionen festgehalten werden. Abschließend betonte **Ausrine Armonaitė** die Bedeutung der Diversifizierung der Energieversorgung in ganz Europa, damit Russland seine Energielieferungen nicht mehr als Druckmittel einsetzen könne. Abgeordnete aus Georgien, der Ukraine und der Türkei erbaten Aktualisierungen im Berichtsentwurf, die die Berichterstatterin größtenteils übernahm. **Mevlüt Karakaya** (Türkei) erklärte, die Türkei sei als NATO-Mitglied ein wichtiger Akteur in der Region. Die Gasfunde im Schwarzen Meer könnten für die Energieversorgung der Türkei und Europas genutzt werden.

Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen bei einer Enthaltung angenommen.

2. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Golfkrise und die globalen Energiemärkte“ des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, vorgelegt von dem Berichterstatter Faik Öztrak (Türkei)

Faik Öztrak legte dar, durch die Straße von Hormus werde 20 Prozent der weltweit benötigten Rohölmengen und ein Viertel der entsprechenden Mengen an verflüssigtem Erdgas (LNG) transportiert. Sabotageakte oder Angriffe wirkten sich direkt auf die Energiesicherheit in Europa aus. Die wachsenden Spannungen zwischen den USA und dem Iran hätten die Verwundbarkeit Europas durch Konflikte in dieser Region verdeutlicht. Trotz der Bemühungen um eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zur Golfregion verfüge Europa dort nur über begrenzten militärischen Einfluss. Die Abhängigkeit von den USA und ihren Partnern erfordere einen intensiveren transatlantischen Dialog für Stabilität und Sicherheit in der Region. Europa müsse seine Außen- und Sicherheitspolitik in der Golfregion verstärken und zur Wahrung der eigenen Interessen müssten Marinestreitkräfte entsandt werden. Der Golf-Kooperationsrat müsse gefördert werden, um die Spannungen in der Region abzubauen. Eine stabile Golfregion sei entscheidend für Wirtschaftsreformen in den Ländern. Abschließend betonte er die Unterstützung der Länder beim Ausbau von erneuerbaren Energieträgern. **Neil Dunn** (USA) warb für mehr Unterstützung beim Ausbau der Kernenergie in der Region. Ansonsten würden Russland und China ihren Einfluss ausbauen können. Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

3. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Chinas neue Seidenstraße“ – eine strategische und wirtschaftliche Einschätzung“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Christian Tybring-Gjedde (Norwegen)

Christian Tybring-Gjedde erklärte, die „Belt and Road Initiative“ (BRI) werde von vielen Ländern nicht nur als Chance, sondern auch als Bedrohung wahrgenommen. Das Projekt, dem sich 125 Staaten angeschlossen hätten, bestehe aus drei miteinander verknüpften Initiativen: dem Wirtschaftsgürtel, der maritimen und der digitalen Seidenstraße. China strebe an, eine vollwertige wirtschaftliche und digitale Supermacht zu werden. Die transatlantische Gemeinschaft könne die Umgestaltung der geopolitischen Landschaft nicht ignorieren. Er wies auf den 17 plus 1 Prozess hin, in dem China die mittel- und osteuropäischen Länder einbinde, was zu einer Neubewertung der Beziehungen geführt habe. Die EU-Kommission bezeichne China als strategischen Rivalen und rufe zu erhöhter Wachsamkeit in Bezug auf chinesische Wirtschafts- und Investitionspraktiken auf. Auch habe die EU ein Konnektivitätsprogramm aufgelegt, um die Verbindungen zwischen Europa und Asien zu stärken. Der Berichterstatter betonte die chinesischen Ambitionen im digitalen Bereich und im Weltraum. Peking strebe eine dominante Rolle bei neuen Technologien an, darunter Quantencomputer und künstliche Intelligenz, was besorgniserregend sei mit Blick auf die Überwachungen und Menschenrechtsverletzungen in China. Zusammenfassend sei festzustellen, dass die an der Initiative beteiligten Länder politische, wirtschaftliche und strategische Abhängigkeit von China riskierten. Die NATO-Mitgliedstaaten müssten sich auf eine gemeinsame Strategie zur Reaktion auf die Herausforderung einigen. Die jüngsten Entscheidungen mehrerer europäischer Regierungen, keine 5G-Infrastruktur von der chinesischen Firma Huawei zu beschaffen, sei positiv zu bewerten und habe die Notwendigkeit von engen Konsultationen zwischen den Verbündeten gezeigt. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sollten auch in die strategische „NATO 2030“-Initiative einfließen. Abschließend wies er darauf hin, dass die USA der Initiative mit ihren eigenen Konnektivitäts- und Handelsinitiativen begegneten. Washington habe private US-Investitionen im indopazifischen Raum gefördert und sich mit Japan, Australien und Indien zusammengeschlossen, um das sogenannte „Quad-Forum“ zur Erörterung militärisch-sicherheitspolitischer Herausforderungen im Pazifikraum wieder ins Leben zu rufen. Der Berichtsentwurf wurde einstimmig mit Änderungen angenommen.

4. Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Wirtschaftliche Resilienz und Pandemien“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Christian Tybring-Gjedde (Norwegen)

In der Aussprache wies **Mevlüt Karakaya** (Türkei) auf das erforderliche Gleichgewicht zwischen Gesundheitsschutz und der Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens hin. Dazu sei ein Änderungsantrag vorgelegt worden. **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) sah die Regierungen in der Verantwortung, Lösungen für die Krise zu finden und das Pandemierisiko zu managen. **Christian Tybring-Gjedde** erklärte, die Länder müssten Risikobewertungen vornehmen. Es gebe einen Bedarf an gemeinsamen Strategien zur Bewältigung der Herausforderung. Der Berichterstatter unterstützte den Änderungsantrag zur Entschließung, die in geänderter Form einstimmig angenommen wurde.

5. Wahl von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie Annahme des Sonderberichts zu COVID-19

Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses wurde Philippe Folliot (Frankreich) gewählt sowie Zehra Taskesenlioglu (Türkei) und Neil Dunn (USA) zu stellvertretenden Vorsitzenden. Für den Unterausschuss „Transformation und Entwicklung“ wurden John Spellar (Vereinigtes Königreich) zum Vorsitzenden, Michal Szczerba (Polen) zum Berichterstatter sowie Giancarlo Giorgetti (Italien) und Maria da Luz Rosinha (Portugal) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurden Ivans Klementjevs (Lettland) zum neuen Vorsitzenden Faik Öztrak (Türkei) zum Berichterstatter sowie Harriet Baldwin (Vereinigtes Königreich) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

VIII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte unter dem Vorsitz von Kevan Jones (Vereinigtes Königreich) am 20. und 21. November 2020. Im Schwerpunkt wurden Fragen der urbanen Kriegsführung, Innovationen im Verteidigungsbereich, Hyperschallwaffen und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Themen des Ausschusses beraten.

1. Beratung des Berichtsentwurfes „Urbane Kriegsführung“ des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Philippe Michel-Kleisbauer (Frankreich)

Der Berichterstatter wies darauf hin, dass bereits heute mehr Menschen in Städten als in ländlichen Gebieten lebten. Dies habe Auswirkungen auf das Training und die Übungen des Militärs. Neue Technologien müssten eingesetzt werden, um die Herausforderungen im Urbanen meistern zu können. Gerade die Robotik und Künstliche Intelligenzforschung seien hierbei von zentraler Bedeutung. Terroristische Aktionen seien im urbanen Raum kaum vorhersehbar. Die NATO-Kommunikations- und Informationsagentur (NCI Agency) stelle eine gute Grundlage dar, um diesen Gefahren zu begegnen. Die NATO sollte dafür eintreten, dass ethische Richtlinien erstellt werden, um die Forschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz einzurahmen und den Nutzen im militärischen Bereich global zu regulieren. Für die NATO sei die engere Zusammenarbeit mit Partnern lohnenswert, besonders hinsichtlich der Ukraine, die bereits mehrfach russische Attacken im Cyperraum erfahren habe.

Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen angenommen.

2. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Hyperschallwaffen – eine technologische Herausforderung für die NATO und die Bündnisstaaten“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Susan Davis (USA)

Die Generalberichterstatterin betonte, Überschallwaffen veränderten die Sicherheitslage aller Nationen, da es gegen sie bislang keine effektive Verteidigung gebe. Im Gegensatz zu Interkontinentalraketen hätten Überschallraketen keine feste Flugbahn und seien daher eine größere Gefahr. Die Reaktionszeit nach Zündung einer solchen Waffe sei dramatisch kurz. Russland habe am 6. Oktober 2020 erfolgreich Überschallraketen getestet. Auch Indien und China hätten erfolgreich Tests abgeschlossen. Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich forschten ebenfalls an Überschallwaffen genauso wie Australien und Japan. Die USA seien noch führend auf dem Gebiet. Die NATO müsse sich darauf vorbereiten, gegen Überschallwaffen Verteidigungssysteme aufzubauen. Die Ausstattung solcher Waffensysteme mit Nuklearsprengköpfen sei sehr besorgniserregend. Die NATO müsse sich daher für internationale Regelungen einsetzen, die die Entwicklungen in China und Russland einbezögen. **Mariana Bezuhla** (Ukraine) unterstrich, dass auch Partner der NATO in die Forschung und Analyse zu Überschallwaffen eingebunden werden sollten. Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen einstimmig angenommen.

3. Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Innovationen im Verteidigungsbereich“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Leona Alleslev (Kanada) und Abstimmung des gleichlautenden Entschlusses

Leona Alleslev unterstrich, auch in der COVID-19-Krise müssten Innovationen im Verteidigungsbereich gefördert werden, die eine Stärkung der Wirtschaft und Forschung bedeuteten und wichtige Impulse für den Wiederaufbau nach der Krise geben könnten. Ferner betonten der Bericht und die EntschlieÙung, dass die Gefahren im 21. Jahrhundert wie Terrorismus, Cyberattacken, WeltraumrÙsten und Klimawandel zeigten, nicht kleiner geworden seien. Der technologische Fortschritt der NATO nehme ab, wie der Bericht zu Überschallwaffen gezeigt habe.

Schließlich seien die Gefahren durch Biowaffen durch die COVID-19-Pandemie gestiegen. Die Innovationssysteme innerhalb der NATO und die Finanzierungsinstrumente müssten verbessert werden. Voraussetzungen für die Teilnahme an Beschaffungen für den Verteidigungsbereich müssten überdacht werden, so dass auch kleinere und innovativere Firmen zum Zuge kommen könnten. Die Entschließung des Ausschusses bekräftige, dass es eine statistische Größe benötige, um die Innovationen im Verteidigungsbereich zu beziffern. Ferner müssten alle Bündnisländer in die Innovationen im Verteidigungsbereich eingebunden werden. Dies bedeute, die Jugend, Frauen und Talente außerhalb der Allianz zu gewinnen. Kürzungen im Verteidigungsbereich seien nicht folgerichtig, denn als Motor der Wirtschaft müsse dieser gestärkt werden. Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen angenommen, ebenso der Entschließungsentwurf.

4. Vortrag von Rob Murray, Leiter der NATO-Abteilung für Innovation und Neue Herausforderungen im Sicherheitsbereich zum Thema „Technologisch bereit sein: Womit Alliierte rechnen müssen“

Rob Murray betonte, die NATO stehe gut da. Die besten Universitäten, die begabtesten Fachkräfte und die wichtigsten Firmen arbeiteten für die Allianz. Jedoch sei die herausragende Leistung nicht gleichmäßig über die Mitglieder verteilt. Daten müssten digitalisiert werden, so dass alle zeitnah darauf zugreifen könnten. Finanzierungen müssten moderner gestaltet und Firmen sollten in die Forschungsarbeit und Beschaffung einbezogen werden. Die Standardisierung müsse vorangetrieben werden, denn nur so ließe sich Interoperabilität und bruchfreie Kommunikation sicherstellen. Die beste Technologie könne nur von Menschen eingesetzt werden, daher benötige die Allianz weiterhin gut ausgebildete Fachkräfte. Auf Nachfrage von **Juozas Olekas** (Litauen) zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) erwiderte **Leona Alleslev** (Kanada), KI biete mehr Chancen als Risiken, hier sei die Standardisierung besonders wichtig. Es sei naiv zu glauben, dass ein völkerrechtliches Abkommen über die KI deren Einsatz in Konflikten verhindern könne, besonders in Bezug auf Staaten, die nicht das Wertesystem der NATO teilten. **Dr. Karl-Heinz Brunner** (SPD) interpretierte den Bericht dahingehend, dass sich Parlamente stärker für die Ziele des Bündnisses einsetzen müssten. **Rob Murray** unterstrich diesen Aspekt und wies darauf hin, dass Bildungsinvestitionen elementar seien, damit künftige Generationen den technologischen Vorsprung aufrechterhalten könnten. **Fabrizio Ortis** (Italien) berichtete, Italien habe sich gut im Bereich Cybersicherheit aufgestellt. Es gebe ein Raumfahrtzentrum und die Regierung überlege eine eigene Forschungseinrichtung für Verteidigungstechnologien zu errichten. **Nusrat Ghani** (Vereinigtes Königreich) sprach den Schutz vor Drohnenangriffen an. **Rob Murray** betonte, dass die Einbindung der Wirtschaft wichtig sei, um den technologischen Vorsprung zu halten. Wenn nur der Staat in diese Technologien investiere, sei der Markt nicht groß genug. Ein Schutz vor Drohnen sei schwer zu gewährleisten, besonders wenn es um kleine Drohnen gehe. **Leona Alleslev** (Kanada) ergänzte, neue Technologien erschufen neue Herausforderungen. Die Industrie müsse anhand von Gesetzen eingebunden werden, damit Sicherheitsprotokolle bereitstünden, die notfalls einen Eingriff des Staates ermöglichten. **Agnes Vadai** (Ungarn) unterstützte die Forderung, die Verteidigungsausgaben nicht zu senken. Auch angesichts des Niedergangs ganzer Industrien wie des Tourismus und der Luftfahrt, die finanzielle Unterstützung benötigten, dürfe nicht im Bereich der Verteidigung gespart werden. Eine gemeinsame Kommunikationsinitiative sei notwendig. Schließlich müsse die NATO mehr gemeinsam forschen, entwickeln und produzieren. **Leona Alleslev** erwiderte, dass die Gesellschaften besser über die bestehenden Gefahren informiert werden müssten, wie beispielsweise den Diebstahl der digitalen Identität oder von geistigem Eigentum. Die COVID-19-Krise habe die Gefahr verstärkt, da jetzt alle Firmen digitale Geschäftsprozesse hätten. Der Staat müsse eine Sicherheitsarchitektur in diesem Bereich zur Verfügung stellen.

5. Wahl von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie Annahme des Sonderberichts zu COVID-19-Pandemie

Zum Generalberichterstatter wurde Nusrat Ghani (Vereinigtes Königreich), zur stellvertretenden Vorsitzenden Agnes Vadai (Ungarn), zum Sonderberichterstatter Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD), zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ Philippe Michel-Kleisbauer (Frankreich), zur Berichterstatterin Leona Alleslev (Kanada) gewählt. Für den Ukraine-NATO Rat wurde Philippe Michel-Kleisbauer gewählt. Alle weiteren Mandatsträger wurden per Akklamation in ihren Ämtern bestätigt.

Der Sonderbericht zu COVID-19-Pandemie wurde mit Änderungen angenommen.

IX. Plenarsitzung

1. Ansprache des Präsidenten Attila Mesterházy (Ungarn) und Vorstellung des Entschließungsentwurfs „NATO 2030: Ein geeinteres und stärkeres Bündnis auf der weltpolitischen Bühne“

Präsident **Attila Mesterházy** ging auf die notwendige Anpassung an gegenwärtige und zukünftige Gegebenheiten und die Stärkung der NATO als politisches und militärisches Bündnis ein. Der Reflexionsprozess „NATO 2030“ erfolge vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Herausforderung, die die COVID-19-Pandemie ausgelöst habe. Die Pandemie habe die Bedeutung der Anpassungsfähigkeit an neuen Bedrohungen deutlich gemacht. Zu den neuen Herausforderungen gehörten die Abhängigkeit der Mitgliedsländer von China in strategischen Sektoren sowie Desinformation und Propaganda. Das Bündnis werde ferner von den aggressiven Handlungen seitens Russlands, vom Terrorismus, instabilen Nachbarländern, hybriden und Cyber-Bedrohungen sowie neuen zerstörerischen Technologien bedroht. Präsident Attila Mesterházy unterstrich das Bekenntnis zum Grundsatz der kollektiven Verteidigung, das auch angesichts des durch die Pandemie verursachten Drucks auf die öffentlichen Haushalte mit der Beibehaltung der Verteidigungsausgaben und Investitionen in Innovation und Technologie unterfüttert werden müsse. Um die NATO zu befähigen, den Bedrohungen zu begegnen und um die transatlantische Einheit und Solidarität zu bewahren, sei eine gerechte Verteilung der Lasten und der Verantwortlichkeiten unter den Bündnispartnern notwendig. Die gemeinsamen demokratischen Werte und die regelbasierte internationale Ordnung müssten geschützt und verteidigt werden. Er sprach sich für eine Stärkung der politischen Dimension innerhalb der NATO aus, um eine größere Konvergenz der Interessen und strategischen Prioritäten der Bündnispartner sowie eine Beschleunigung bei der Entscheidungsfindung zu erreichen. Unter Beteiligung der Versammlung sei es wichtig, die NATO und ihren Beitrag zur Sicherheit in der Welt in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken und ihr zu mehr Glaubwürdigkeit zu verhelfen. Die Versammlung werde den Reflexionsprozesses „NATO 2030“ begleiten und unterstützen.

2. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates Jens Stoltenberg

NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** erklärte, die Anpassungsfähigkeit der NATO habe sich in der Pandemie besonders deutlich gezeigt. Die NATO habe mit dem Transport wichtiger medizinischer Güter, von Patienten und medizinischen Experten, durch den Aufbau militärischer Feldlazarette, die Sicherung der Grenzen sowie die Unterstützung der zivilen Lebensrettung einen wertvollen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung geleistet. Die Allianz sei verantwortlich dafür zu sorgen, dass die Gesundheitskrise nicht zu einer Sicherheitskrise werde. Im Rahmen des Reflexionsprozesses „NATO 2030“ stehe die Sicherung der NATO als ein starkes militärisches Bündnis, die Stärkung der politischen Dimension sowie die Verfolgung eines globalen Ansatzes im Vordergrund. Die kollektive Verteidigung, Investitionen, moderne Fähigkeiten und die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte müssten verstärkt werden. Er erinnerte an die Verpflichtungen der Partner hinsichtlich ihrer Verteidigungsbudgets und bekräftigte die notwendige Prioritätensetzung bei den Verteidigungsausgaben vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungen neben der Pandemie. Die NATO-Mission in Afghanistan würde ungeachtet der geplanten Truppenreduzierung durch die USA bestehen bleiben und die Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte werde fortgesetzt. Afghanistan dürfe nie wieder zu einer Plattform für Terroristen werden. Beim nächsten Treffen der NATO-Verteidigungsminister im Februar 2021 werde die Lage in Afghanistan beraten. Die Mitgliedsstaaten stünden vor der schwierigen Entscheidung, entweder den Preis für ein fortgesetztes militärisches Engagement entrichten zu müssen oder die Truppen abzuziehen und damit den Friedensprozess zu riskieren. Erst wenn das gemeinsame Ziel in Afghanistan erreicht sei, sollten die Truppen gemeinsam und koordiniert abgezogen werden. Die NATO müsse als politisches Bündnis und Diskussionsforum der Staaten Europas und Nordamerikas gestärkt werden. Eine offene Diskussion über ein breites Spektrum an Sicherheitsfragen sei nötig, das sich auf Russland bis zum Nahen Osten, von den sicherheitspolitischen Auswirkungen des aufstrebenden Chinas bis hin zum Klimawandel, der Rüstungskontrolle und dem Umgang mit neuen und zerstörerischen Technologien erstrecken solle. Als regionales Bündnis müsse die NATO die zunehmend globalen Herausforderungen angehen und sich insbesondere mit dem Aufstieg Chinas beschäftigen. Das Bündnis müsse sich ferner für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Nationen und die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern und Organisationen wie die EU einsetzen. Der Beitrag der Versammlung sei entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der NATO. Die Entschließung der Versammlung „NATO 2030: ein geeinteres und stärkeres Bündnis auf der weltpolitischen Bühne“ würde in seine Empfehlungen für die Staats- und Regierungschefs in 2021 einfließen. Die parlamentarische Unterstützung zeige sich aber vor allem in der Entscheidung über den Verteidigungshaushalt und der Stärkung der Demokratie.

In der Aussprache unterstrich **Marietta Giannakou** (Griechenland) die Bedeutung der Zusammenarbeit der NATO mit der EU. Leider seien keine Fortschritte bei der Umsetzung der Gemeinsamen Erklärungen vom 8. Juli 2016 und vom 10. Juli 2018 sowie der 74 gemeinsam verabschiedeten Ziele erreicht worden. Generalsekretär **Stoltenberg** erwiderte, die Gemeinsamen Erklärungen hätten eine politische Plattform für die NATO-EU-Zusammenarbeit ermöglicht und die Kooperation auf ein neues Niveau gehoben. Insbesondere zu den Themen „Warnungen vor Cyber-Attacken in Echtzeit, Informationsaustausch über Schadsoftware, Verbesserung militärischer Übungen“ werde an der Umsetzung gearbeitet. **Osman Bak** (Türkei) kritisierte den Umgang der NATO mit Nicht-EU-Bündnispartnern und verwies auf den Konflikt in der Ägäis. Er erkundigte sich, wie der Generalsekretär zukünftig die Interessen und Rechte von Nicht-EU-Bündnisstaaten verteidigen wolle. In seiner Antwort führte **Stoltenberg** aus, zwischen der NATO und der EU müsse differenziert und die gesonderten Entscheidungsprozesse respektiert werden. Die Zusammenarbeit lohne sich im Hinblick auf die deckungsgleichen Risiken und Bedrohungen, denen sich beide ausgesetzt sähen. Gleichzeitig gelte es, die Nicht-EU-Bündnispartner mit an Bord zu holen. **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU) wies auf die wirtschaftliche Rezession in den Mitgliedstaaten aufgrund der Pandemie hin, die in vielen Staaten dazu führen werde, dass der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt steige und sich rechnerisch die Umsetzung des „Defense Investment Pledge“ zu verbessern scheine, ohne dass jedoch eine Verbesserung bei den Fähigkeiten der NATO erzielt werde. Er erkundigte sich, ob das Zwei-Prozent-Ziel der NATO als Indikator zur Messbarkeit der Verteidigungsanstrengungen der Alliierten noch zeitgemäß sei und ob es alternative Möglichkeiten gebe, eine faire Lastenteilung im Bündnis sicherzustellen. Generalsekretär **Stoltenberg** ging auf die Beiträge Deutschlands als Führungsnation in Afghanistan und in der NATO-Battlegroup Lithuania ein und führte aus, dass nichtfinanzielle Beiträge und Fähigkeiten der Streitkräfte Teil der Lastenteilung seien, allerdings könnten sie die notwendigen finanziellen Beiträge und Investitionen nicht ersetzen. Das Ziel und die Zusage, mehr in die NATO zu investieren gälten auch angesichts der wirtschaftlichen Zwänge der Verbündeten. Es lägen keine Anzeichen für einen abnehmenden Willen vor, in die Verteidigung zu investieren. Er halte an dem Zwei-Prozent-Ziel als Maßstab für die Lastenteilung unter den Bündnispartnern fest. Die Größe einer Volkswirtschaft gebe Aufschluss über die Fähigkeit, Verteidigungsmaßnahmen zu finanzieren, daher sei das Bruttoinlandsprodukt eine realistische Vergleichsgrundlage für die Leistungsfähigkeit der Bündnispartner. Das Zwei-Prozent-Ziel sei ein Mindestziel. Er begrüße die Entscheidung der USA und des Vereinigten Königreichs, höhere Beiträge zu entrichten. **Gerald E. Connolly** (USA) erkundigte sich nach der Positionierung gegenüber China, das das Bündnis und seine Werte herausfordere und welche Rolle die Versammlung im Prozess „NATO 2030“ einnehme. **Stoltenberg** erklärte, die Bündnispartner sollten gemeinsam politisch vorgehen und in militärische und technische Fähigkeiten investieren. Um sich den Bedrohungen durch China und Russland stellen zu können, komme es auf die Resilienz der Mitgliedstaaten an. Die Versammlung biete eine geeignete Plattform für den Dialog und sei daher für die Umsetzung des Reformprogramms, insbesondere hinsichtlich der Stärkung der NATO als politisches Bündnis bedeutsam. **Philippe Michel-Kleisbauer** (Frankreich) erkundigte sich unter Verweis auf die EU nach neuen Schritten für eine verbesserte kollektive Verteidigung. **Stoltenberg** erklärte, er begrüße die Anstrengungen der EU im Bereich der Verteidigung. Die NATO fordere seit geraumer Zeit die Finanzierung von und Investition in die Verteidigung, die die einzigen Möglichkeiten seien, militärisch an Stärke zu gewinnen. Die größte Herausforderung für die EU sei die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie, daher sei der europäische Verteidigungsfonds hilfreich. Fortschritte bei der gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik müssten sich im NATO-Rahmen vollziehen, da die EU die NATO nicht ersetzen könne. Er erinnerte daran, dass die Nicht-EU-Bündnispartner 80 Prozent der Verteidigungsausgaben im Rahmen der NATO leisteten. Würde die EU versuchen, die transatlantische Verbindung abzuschwächen, würde dies zu ihrer Spaltung führen. Auf die Frage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) nach den Plänen der NATO für den Hohen Norden, antwortete **Stoltenberg**, der Hohe Norden werde für die NATO hinsichtlich der zunehmenden Eisschmelze, der verstärkten russischen Fähigkeiten sowie der chinesischen Interessen immer bedeutsamer. Die NATO verfolge den Ansatz, den Dialog mit der Stärke und Präsenz vor Ort zu kombinieren. Als Beispiele nannte er den Einsatz von Flugzeugträgern im nördlichen Teil des Atlantiks und die Übung in der Barentssee. Auf die Frage von **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland), wie die Bereitschaft der neuen US-Administration eingeschätzt werde, dem Open-Skies-Abkommen wieder beizutreten, antwortete **Stoltenberg**, er wolle nicht spekulieren. Fest stehe, dass es unterschiedliche Positionen zum Abkommen gebe. Seiner Ansicht nach fördere das Open-Skies Abkommen die Transparenz und Vorhersehbarkeit. Besorgniserregend sei die selektive Beschränkung der vertraglichen Bestimmungen und Verpflichtungen durch Russland, insbesondere hinsichtlich der Überflugrechte über russisches Territorium. Es sei noch nicht entschieden, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien. Auf die Fragen von **Luca Frusone** (Italien) und **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) welche Lehren aus der NATO-Mission in Afghanistan gezogen werden könnten und zu der zukünftigen Ausrichtung antwortete er, die Entscheidung über die

Frage des Einsatzes von militärischen Mitteln sei schwierig. In den 90er Jahren sei das Bündnis wegen seines Zögerns beim Einsatz von militärischen Mitteln kritisiert worden, beispielsweise in Ruanda und zur Verhinderung des Massakers in Srebrenica. Die Einsätze in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo sowie Libyen hätten die Vorteile einer militärischen Intervention verdeutlicht. Es müsse verhindert werden, dass Afghanistan ein sicherer Hafen für Terroristen werde. Ein Rückzug müsse koordiniert und auf ordentliche Weise erfolgen. Der Charakter, die Reichweite und Größe der NATO-Ausbildungsmission in Afghanistan habe sich grundlegend verändert. Die Lehre sei, dass der frühe Aufbau lokaler Fähigkeiten zur Stabilisierung eines Landes beitragen könne.

Lord Campbell (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, ob die NATO ein neues strategisches Konzept benötige und ob die traditionellen Konzepte um die Aspekte „Weltraum“ und „Cyber bzw. Datennetzkriminalität“ ergänzt werden müssten. **Stoltenberg** stimmte dem zu und erklärte, er hoffe, dass in der nächsten Sitzung der Staats- und Regierungschefs in 2021 der Anstoß für ein neues Strategiekonzept erfolge. Ziel sei ein verbessertes Verständnis der Bedrohungen. **Mike R. Turner** (USA) merkte an, die Bedrohungen, die unter anderem von Russland und China ausgingen, sollten in eigene Fähigkeiten umgesetzt werden. Er fragte, wie die Modernisierungsmaßnahmen der Gegner der NATO den Weg für die eigenen Bemühungen weisen könnten. **Stoltenberg** betonte die Notwendigkeit einer globalen Ausrichtung des Bündnisses. Dafür sei eine engere Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern im Pazifikraum erforderlich. Wertepartner seien beispielsweise Australien, Neuseeland und Japan. Das Bündnis müsse in neue Technologien investieren und verstärkt Resilienz gegenüber Chinas Bemühungen um sogenannte kritische Infrastruktur aufbauen. **Utku Cakirozer** (Türkei) erbat eine Einschätzung zur Lage in Bergkarabach und kritisierte, die NATO habe im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan hinsichtlich der Verletzung der territorialen Unversehrtheit keine klare Stellung bezogen. **Stoltenberg** wies drauf hin, dass die NATO keine Konfliktpartei in Bergkarabach sei. Er begrüße die Einstellung der Kampfhandlungen und eine Lösung der offenen Fragen am Verhandlungstisch. **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) ging auf die Ankündigungen der USA ein, ihre Truppen in den kommenden Monaten aus Afghanistan abzuziehen. Der Rückzug stehe in keinem Zusammenhang mit den von den Taliban eingegangenen Bedingungen. Zur Türkei sagte er, die Türkei sei keine Demokratie und kein Rechtsstaat, daher stelle sie eine Gefahr für die NATO dar. Er kritisierte die türkischen Drohungen gegenüber den NATO-Partnern Deutschland und Frankreich während der Einsätze im östlichen Mittelmeer sowie die türkische Unterstützung von Aserbaidschan im Konflikt gegen Armenien. Der Konflikt sei unter Verletzung des OSZE-Friedensabkommens in Bergkarabach erfolgt. **Stoltenberg** entgegnete, es sei kein Abzugsbeschluss getroffen worden, geplant sei lediglich eine Reduzierung der Truppenstärke von 4.500 auf 2.500. Gleichzeitig leisteten die USA weiterhin Unterstützung für die NATO-Mission einschließlich der deutschen Mission in Masar-e-Sharif, insbesondere durch die Verstärkung aus der Luft. Im Frühjahr 2021 müsse geprüft werden, ob die Taliban die Bedingungen des Abkommens erfüllten, so dass der garantierte Truppenabzug bis zum 1. Mai 2021 erfolgen könne. Er forderte eine multilaterale, koordinierte Lösung hinsichtlich des Truppenabzugs und begrüßte das Bekenntnis von Deutschland zur Abstimmung innerhalb des Bündnisses. Die Türkei sei ein geschätzter und wichtiger Verbündeter, der eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zukomme. Es bestünden Differenzen, beispielsweise in der Frage des Erwerbs des russischen Raketenabwehrsystems S-400 und beim Konflikt im östlichen Mittelmeerraum. Diese müssten in der NATO angesprochen und gemeinsam gelöst werden. Auf die Frage von **Yegor Cherniev** (Ukraine, assoziiertes Mitglied) nach den Schritten zur Eindämmung der aggressiven Politik Russlands am Schwarzen Meer und zur Entmilitarisierung, verwies **Stoltenberg** auf die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit in der NATO und mit der Ukraine und Georgien als Antwort auf die Präsenz Russlands. Die NATO-Außenminister würden bei ihrem nächsten Treffen unter Beteiligung der Außenminister der Ukraine und Georgien die Lage am Schwarzen Meer beraten. **Njáll Trausti Friðbertsson** (Island) mahnte, die NATO müsse mehr für die Umsetzung und für die Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ der Sicherheitsratsresolution 1325 insbesondere für die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und die Gleichstellung tun. **Stoltenberg** unterstrich die Bedeutung des Themas für das Bündnis und für die Frauen in den Ländern, in denen die NATO operiere. In Afghanistan seien große Fortschritte bei der Umsetzung von Frauenrechten erzielt worden, die durch einen zu frühen Rückzug der NATO gefährdet seien. In den NATO-Einsätzen im Irak und in Afghanistan werde die Gender-Perspektive berücksichtigt und Frauen für die Streitkräfte ausgebildet. Ferner konzentriere sich die NATO auf die Verhinderung des Einsatzes sexueller Gewalt als Kriegswaffe. **Osman Askin Bak** (Türkei) wies darauf hin, dass die Türkei offen für den Dialog, eine Demokratie sowie der NATO-Mitgliedschaft verpflichtet sei. **Thanasis Davakis** (Griechenland) erkundigte sich nach Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit dem Privatsektor im Bereich von Cyber-Sicherheit und -verteidigung. **Stoltenberg** erklärte, die NATO habe „Cyber“ als neue Domäne neben „Land, Wasser, Luft und Weltraum“ anerkannt. Auch Cyber-Angriffe könnten den

Bündnisfall auslösen. Die NATO arbeite eng mit der Industrie zusammen, um defensiv sowie offensiv agieren zu können.

3. Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung anlässlich des Beitritts Nordmazedoniens zur NATO PV

Die Geschäftsordnungsänderungen wurden angenommen.

4. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten

Gerald E. Connolly (USA) wurde zum neuen Präsidenten der Versammlung gewählt. Als seine Vertreterinnen und Vertreter wurden Mimi Kodheli (Albanien), Karen McCrimmon (Canada), Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich), Marietta Giannakou (Griechenland), sowie Attila Mesterházy (Ungarn) gewählt.

5. Beratung der Entschließungsentwürfe

Die Versammlung nahm fünf Entschließungen und eine Erklärung an. Der Erklärungsentwurf „NATO 2030: Ein geeinteres und stärkeres Bündnis auf der weltpolitischen Bühne“ wurde ohne Aussprache verabschiedet.

Der von **Ulla Schmidt** (SPD) erarbeitete Entschließungsentwurf „Die Förderung der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit wurde ohne Änderungen angenommen. Die Entschließungsentwürfe „Wirtschaftliche Resilienz und Pandemien“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit und „Innovationen im Verteidigungsbereich“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurden vorgestellt und ohne Aussprache mehrheitlich angenommen. Der Entschließungsentwurf „Die Bewahrung des Momentums bei den Verteidigungsinvestitionen des Bündnisses nach COVID-19“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde nach dessen Vorstellung einstimmig angenommen. Der Entschließungsentwurf des Politischen Ausschusses, „Eine transatlantische Strategie in Bezug auf China“, wurde nach einer Aussprache mehrheitlich angenommen.

6. Bericht des Schatzmeisters und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2021

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2019, sowie seinen Bericht über den Haushaltsüberschuss von 2020 vor. Er erläuterte den Haushaltsentwurf für das Jahr 2021. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 23. Juni 2021

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Staatsminister Peter Beuth
Für den Bundesrat

X. Verabschiedete Erklärung und Entschlüsse

Erklärung 460

NATO 2030: EIN GEEINTERES UND STÄRKERES BÜNDNIS AUF DER WELTPOLITISCHEN BÜHNE¹

Die Versammlung,

1. **unter Begrüßung** des frühzeitigen Beschlusses der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten im Dezember 2019, einen zukunftsorientierten Reflexionsprozess unter der Schirmherrschaft des NATO-Generalsekretärs auf den Weg zu bringen, um die politische Dimension des Bündnisses einschließlich der Konsultationen weiter zu stärken;
2. **zur Kenntnis nehmend**, dass die COVID-19-Krise und deren Folgen wichtige Erkenntnisse gebracht haben, die die NATO-Mitgliedstaaten im Rahmen dieses Reflexionsprozesses nutzen müssen;
3. **unter Begrüßung** der wertvollen Arbeit, die die Expertengruppe im Hinblick auf die Unterstützung der Bemühungen des NATO-Generalsekretärs geleistet hat;
4. die „NATO 2030“-Initiative des NATO-Generalsekretärs und die drei darin enthaltenen Prioritäten für das Bündnis, d.h. politische Stärkung der NATO, Bewahrung der militärischen Stärke und Verfolgung eines breiteren Ansatzes weltweit, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
5. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass dieser Prozess die große Chance bietet, die Öffentlichkeit in den NATO-Mitgliedstaaten einzubinden und dadurch das Verständnis und die Unterstützung der Öffentlichkeit für das Bündnis zu stärken;
6. **überzeugt**, dass die Stärke der NATO heute und in Zukunft in ihrem Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und zum transatlantischen Band liegt;
7. **in Anerkennung der Tatsache**, dass sich die NATO auch in Zukunft an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen muss, um ihre Aufgabe der kollektiven Verteidigung zu erfüllen und gleichzeitig Schutz vor neuen Bedrohungen zu bieten und sich neuen Herausforderungen zu stellen;
8. **in Anerkennung der Tatsache**, dass die Handlungen und Partnerschaften der NATO nicht nur zur euroatlantischen Sicherheit beitragen, sondern auch zur Sicherheit in ihrer Nachbarschaft und weltweit;
9. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

9.1. Priorität1: Europa und Nordamerika sind durch gemeinsame transatlantische Werte geeint

- a. die Unteilbarkeit der Sicherheit Europas und Nordamerikas und die zentrale Rolle des transatlantischen Bandes für die Außen- und Sicherheitspolitik der NATO-Mitgliedstaaten zu bekräftigen;
- b. das Bündnis erneut auf die gemeinsamen demokratischen Werte einzuschwören, die seine Gründungsprinzipien darstellen, d.h. Demokratie, individuelle Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, und zu diesem Zweck erneut auf die Verpflichtungen hinzuweisen, die sich aus dem Nordatlantikvertrag und der zuvor von der Versammlung verabschiedeten Empfehlung ergeben, die Schaffung von institutionellen Mechanismen innerhalb der NATO zu prüfen, um die NATO-Mitgliedstaaten zu unterstützen, die versuchen, ihre demokratischen Institutionen zu stärken;
- c. die vollständige Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit und der nachfolgenden Resolutionen zu unterstützen, beispielsweise durch die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und die systematische Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei allen Handlungen der NATO;
- d. die Rolle der NATO als einzigartiges und unentbehrliches Forum für transatlantische Sicherheitskonsultationen zu bekräftigen;

¹ Vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Montag, 23. November 2020.

- e. den Umfang und die Häufigkeit der politischen Konsultationen zu erhöhen und ein Instrumentarium zur Förderung der Konvergenz der Meinungen unter den NATO-Mitgliedstaaten zu entwickeln, die Berechenbarkeit der nationalen Maßnahmen zu erhöhen und Meinungsverschiedenheiten unter vollständiger Beachtung der völkerrechtlichen Bestimmungen zu lösen; dies könnte durch einen regelmäßigeren Austausch über nationale strategische Prioritäten und Operationen, einen intensiveren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse sowie gegebenenfalls die Nutzung von Mediationsverfahren oder die Einsetzung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen für die Befassung mit strittigen Fragen geschehen;
- f. informelle Treffen des Nordatlantikrats (*North Atlantic Council*, NAC) zu einer neuen gängigen Praxis zu machen sowie gegebenenfalls neue NAC-Formate zu erwägen;
- g. die Rolle des NATO-Generalsekretärs als wichtigsten Förderer der Konsensbildung unter den NATO-Mitgliedstaaten zu stärken;
- h. die Rolle der Versammlung als Forum für den offenen politischen Meinungsaustausch in vollem Umfang zu nutzen und zu diesem Zweck den Dialog zwischen dem NAC und der NAVO PV auf allen Ebenen auszubauen;
- i. die Bemühungen um die Umsetzung der Zusage für Verteidigungsinvestitionen und die parallelen Maßnahmen in Bezug auf Fähigkeiten und Beiträge zu Operationen fortzusetzen und zu verstärken, da eine faire Aufteilung der Lasten und Zuständigkeiten im Bereich der Verteidigung entscheidend für den Zusammenhalt des Bündnisses und notwendig für den Wiederaufbau und die Bewahrung der militärischen Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung gegen potenzielle Gegner ist; Initiativen, deren Ziel die Stärkung der europäischen Verteidigung ist, müssen ergänzend zur Stärkung der NATO durchgeführt werden;
- j. die NATO-Abteilung für Public Diplomacy und die jeweiligen nationalen Akteure einschließlich der Parlamentarier in ihren Bemühungen zu unterstützen, das Bewusstsein und Verständnis der Öffentlichkeit in Bezug auf die NATO zu erhöhen, die neuen Generationen von Europäern und Nordamerikanern zu erreichen und zum Aufbau der grundsätzlichen Solidarität in den Gesellschaften der NATO-Mitgliedstaaten beizutragen;
- k. ihr Bekenntnis zur NATO-Politik der offenen Tür als Instrument zur Erweiterung der Zone der Stabilität und Verbreitung der demokratischen Normen in ganz Europa zu bekräftigen und die euroatlantische Integration von Bosnien und Herzegowina, Georgien und der Ukraine zu unterstützen und sie bei der Stärkung ihrer Widerstandskraft gegen Einmischung von außen zu unterstützen;

9.2. Priorität2: Ein Bündnis, das für die Bewältigung neuer Bedrohungen und Herausforderungen um sich herum gewappnet ist

- a. das strategische Konzept der NATO zu aktualisieren, um dem veränderten Sicherheitsumfeld Rechnung zu tragen;
- b. zu bekräftigen, dass die Hauptverantwortung der NATO darin liegt, ihr Gebiet und ihre Bevölkerungen kollektiv vor Angriffen zu schützen und gegen Angriffe zu verteidigen;
- c. die entscheidende Rolle einer sicheren und resilienten atomaren Abschreckung für das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv des Bündnisses weiterhin zu bekräftigen und den Beitrag der NATO zu effektiver Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung zu stärken und dabei das vorherrschende Sicherheitsumfeld zu berücksichtigen;
- d. das erweiterte Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO im Osten und in der Ostsee- und Schwarzmeerregion weiterhin zu stärken und die kollektive Verteidigung und Abschreckung auch künftig an neue Bedrohungen anzupassen, beispielsweise hybride Maßnahmen und neue Konfliktdomänen, darunter im Cyberspace und im Weltraum;
- e. die Politik der NATO gegenüber Russland auf der Grundlage einer wirksamen Abschreckung und Verteidigung sowie der Offenheit für einen zielführenden Dialog aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Russland für seine inakzeptablen Verstöße gegen internationale Gesetze und Normen zur Rechenschaft zu ziehen und die notwendigen Antworten zu geben;
- f. die Bereitschaft der NATO zu bekräftigen, gegen alle Bedrohungen und Herausforderungen vorzugehen, die sich nachteilig auf die euroatlantische Sicherheit rundum auswirken könnten;

- g. die Terrorbekämpfungsmaßnahmen der NATO und der NATO-Mitgliedstaaten weiter zu verbessern und sich auch in Zukunft über die mögliche künftige Entwicklung des Terrorismus in all seinen Spielarten und Erscheinungsformen auszutauschen;
- h. die Unterstützung für Stabilität und Verteidigung und den damit zusammenhängenden Aufbau von Kapazitäten im Sicherheitsbereich in den Partnerländern an der Südküste des Mittelmeers und in der Sub Sahara – auch im Rahmen des Mittelmeer-Dialogs und der Istanbul Kooperationsinitiative (ICI) – zu stärken und vor dem Hintergrund der zunehmenden Instabilität an der Südflanke der NATO, insbesondere der Krisen in Syrien und Libyen und der damit zusammenhängenden Migrationsströme bereit zu sein, auf Wunsch ausgewählte Partner zu unterstützen;
- i. die Folgen des Aufstiegs Chinas besser zu verstehen, die Chancen und Herausforderungen zu bewerten, die Chinas globale Ambitionen und Handlungen – sowie seine Zusammenarbeit mit Russland – für die NATO und ihre Mitgliedstaaten darstellen könnten, und die Möglichkeiten eines engeren Dialogs mit China auszuloten; in diesem Zusammenhang sollte ein Austausch mit relevanten NATO-Partnern, der Europäischen Union und Partnern im asiatisch-pazifischen Raum stattfinden;
- j. die NATO-Mitgliedstaaten beim Aufbau der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen, Desinformation und weitere Versuche, demokratische Prozesse und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu untergraben, weiterhin zu unterstützen, was sich auch – unter vollumfänglicher Achtung der jeweiligen nationalen Vorrechte – auf ausländische Investitionen und technologische Abhängigkeit bezieht;
- k. sie in Bezug auf die Verbesserung ihrer Fähigkeit zu unterstützen, künftige natürliche oder menschengemachte Gesundheitsnotstände zu bewältigen;
- l. das Lagebewusstsein der NATO in der Arktis zu stärken, beispielsweise mithilfe eines verstärkten Informationsaustauschs, der Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Arktis sowie mithilfe von Training und Übungen sowie einen guten Dialog mit den NATO-Mitgliedstaaten über die Such- und Rettungsfähigkeiten in der Region zu führen;
- m. die klimawandelbezogenen Risiken als signifikante Bedrohungsmultiplikatoren in ihrem außen- und sicherheitspolitischen Handeln in vollem Umfang anzuerkennen und die Häufigkeit militärischer und politischer Konsultationen über den Klimawandel innerhalb der NATO zu erhöhen;
- n. Investitionen und die Zusammenarbeit zwischen den NATO-Mitgliedstaaten in der verteidigungsbezogenen Wissenschaft, Technologie, Forschung und Entwicklung auszubauen, um den wissenschaftlichen und technologischen Vorsprung der NATO zu wahren, vor allem in Bezug auf neue und disruptive Technologien und neue Domänen der Kriegführung, die mit den internationalen Verpflichtungen der NATO-Mitgliedstaaten im Einklang stehen;

9.3. Priorität3: Ein Bündnis mit einer weltweiten Stimme und einem umfassenden Netzwerk von Partnern

- a. hervorzuheben, dass die NATO zur euroatlantischen wie zur weltweiten Sicherheit beitragen kann, indem sie sehr eng mit ihren Partnern in der ganzen Welt zusammenarbeitet und deren Kapazitäten aufbaut;
- b. das Engagement der NATO und ihre Rolle bei der Sicherung der regelbasierten internationalen Ordnung zu betonen;
- c. die strategische Partnerschaft zwischen NATO und EU weiterhin zu verbessern und dabei Kohärenz und Komplementarität zu gewährleisten mit dem Ziel, die Reaktion der NATO und der EU-Mitgliedstaaten auf gemeinsame Herausforderungen zu verbessern;
- d. die vollumfängliche Einbeziehung der nicht der EU angehörenden NATO-Mitglieder in die Maßnahmen zur Verbesserung der europäischen Sicherheit und Verteidigung im Geiste der vollständigen gegenseitigen Offenheit und unter Einhaltung der jeweiligen Entscheidungshoheit und der Verfahren der beiden Organisationen zu gewährleisten;
- e. die politische und praktische Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der OSZE, dem Europarat, der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga, dem Golfkooperationsrat und weiteren einschlägigen internationalen Organisationen weiterzuentwickeln;
- f. ein von der NATO zertifiziertes Exzellenzzentrum für die indopazifische Region zu etablieren.

Entschließung 461**DIE FÖRDERUNG DER UMSETZUNG DER RESOLUTION 1325 DES VN-SICHERHEITSRATS
UND DER AGENDA FÜR FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT²**

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis darauf**, dass im Oktober 2000 – vor zwanzig Jahren – der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit (*women, peace and security*, WPS) angenommen hat, mit der die besonderen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen anerkannt und die unverzichtbare Rolle von Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie auch bei der Friedensstiftung und Friedenskonsolidierung gewürdigt wurden;
2. **unter Bekräftigung** der Bedeutung der vollumfänglichen Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats und der nachfolgenden Resolutionen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit;
3. **unter Hinweis darauf**, dass sich darüber hinaus im Jahr 2020 die Erklärung und Aktionsplattform von Peking, die einen wichtigen Meilenstein in Bezug auf die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und das Voranbringen der Rechte von Frauen und Mädchen weltweit bildet, zum fünfundzwanzigsten Mal jährt;
4. **unter Begrüßung** der Verabschiedung von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter mithilfe der drei Leitgrundsätze der Integration, Inklusivität und Integrität durch die NATO;
5. ihr Bekenntnis zur Förderung der Ziele der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats und der nachfolgenden Resolutionen auch innerhalb ihrer eigenen Organisationen **erneut erklärend**;
6. **eingedenk dessen**, dass Frauen von Konflikten in unverhältnismäßiger Weise betroffen und durch sie in stärkerem Maße der Gefahr von Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt sind, da Konflikte tief verwurzelte Ungleichheiten verstärken, soziale Beziehungen belasten und Schutzmechanismen der Gemeinschaft schwächen;
7. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass sexuelle Gewalt unter bestimmten Bedingungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen anerkannt wird und dass die Nutzung sexueller Gewalt als Kriegstaktik verboten ist;
8. **unter Bekräftigung der Tatsache**, dass die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats und der WPS-Agenda sowie die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter allgemein konstante Leitgrundsätze im Hinblick auf die Entwicklung und Durchführung aller politischen Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich Frieden und Sicherheit bilden sollten;
9. **erneut erklärend**, dass die gleichberechtigte Teilhabe und vollständige Einbeziehung von Frauen und Männern auf allen Ebenen unabdingbare Voraussetzung für die Verhütung und Lösung von Konflikten und die Verwirklichung eines nachhaltigen Friedens, nachhaltiger Sicherheit und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung ist;
10. **überzeugt**, dass die Beteiligung sowohl von Frauen als auch von Männern an militärischen Operationen deren operative Effektivität und Glaubwürdigkeit stärkt und zu einer stärkeren und umfassenderen Einbindung der Bevölkerung vor Ort beiträgt;
11. **erneut bekräftigend**, dass alle an Konflikten beteiligten Parteien sämtliche Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs stoppen und verhüten und besondere Maßnahmen treffen müssen, um Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt zu schützen;
12. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass es wichtig ist, im Rahmen von Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen besonders auf die Bedürfnisse der Schwächsten zu achten, z. B. Überlebende sexueller Gewalt, vertriebene Frauen und Mädchen und Menschen mit Behinderungen, und sie systematisch in die Ausgestaltung und Umsetzung solcher Maßnahmen einzubeziehen;
13. **in Anerkennung** der entscheidenden Rolle von Frauen in Bezug auf den Aufbau widerstandsfähigerer und demokratischerer Gesellschaften und die Gewährleistung von dauerhaftem Frieden, Stabilität und Sicherheit;
14. **in Anerkennung** des wesentlichen Beitrags von Frauen in Bezug auf die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und deren Folgen;

² Vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und verabschiedet von der Plenarversammlung am Montag, 23. November 2020.

15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten und gegebenenfalls die NATO-Institutionen **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. die vorhandenen nationalen Aktionspläne für die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats vollumfänglich in konkrete Maßnahmen umzusetzen und diejenigen NATO-Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, einen entsprechenden Plan zu verabschieden;
 - b. die Teilhabe von Frauen in ihren nationalen Streitkräften auf allen Ebenen zu fördern und den Anteil des im Rahmen von NATO-Operationen entsandten weiblichen Personals zu erhöhen;
 - c. ein ausgeglichenes Verhältnis von Männern und Frauen anzustreben und sich dafür einzusetzen, dass mehr Frauen in internationalen Organisationen einschließlich der NATO und Parlaments- und Regierungsinstitutionen in den Bereichen Außenpolitik, Verteidigung und Sicherheit in Führungspositionen gelangen;
 - d. den besonderen Bedürfnissen, Belangen und Interessen sowohl von Frauen als auch von Männern bei allen Entscheidungen und Operationen Rechnung zu tragen;
 - e. allen nationalen Streitkräften und dem NATO-Personal Fortbildungsmaßnahmen zur durchgängigen Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte anzubieten und dafür zu sorgen, dass die Grundsätze zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in allen NATO-Schulungen für die Streitkräfte der NATO-Mitglieder und Fortbildungsmaßnahmen für Partnerländer integriert werden;
 - f. Frauen aktiv in den von den NATO-Mitgliedstaaten und der NATO initiierten strategischen Reflexionsprozess einzubeziehen, um ihre Perspektive weiter in die Entwicklung und Analyse künftiger neuer Sicherheitsszenarien zu integrieren;
 - g. alles dafür zu tun, um jegliche Akte von sexueller Gewalt in Konfliktsituationen bei allen Operationen zu verhüten;
 - h. die finanziellen Mittel und weiteren Ressourcen für die Umsetzung der WPS-Agenda sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bündnisses zu stärken und die COVID-19-Pandemie nicht als Vorwand dafür zu nutzen, Maßnahmen einzuschränken und in Bezug auf ihre Ziele nachzulassen;
 - i. die Verantwortlichen für sexuelle Gewalt gegenüber Frauen konsequent strafrechtlich zu verfolgen, da diese unter bestimmten Voraussetzungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen anerkannt ist;
 - j. den Bedürfnissen der Überlebenden, etwa Zugang zu Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, psychologischer Unterstützung, Rechtsmitteln und finanzieller Wiedergutmachung, Rechnung zu tragen;
 - k. geschlechtsspezifische Aspekte in die Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen in der Konfliktfolgezeit einzubeziehen und den Bedürfnissen insbesondere von Frauen und Mädchen in Konfliktfolgeszenarien Rechnung zu tragen;
 - l. dafür zu sorgen, dass Frauengruppen und zivilgesellschaftliche Netzwerken vor Ort über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert und bei Bedarf geschult werden und dass diese Akteure vor Ort in Verhandlungen und Entscheidungsprozesse gleichberechtigt eingebunden werden;
 - m. stärker auf Männer zuzugehen und sie als engagierte Partner und Akteure positiver Veränderungen zu mobilisieren, d.h. durch eine entsprechende Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit zu der Frage, wie sowohl Frauen als auch Männer von der Umsetzung der WPS-Agenda und der durchgängigen Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte bei allen Tätigkeiten und Operationen profitieren können;
 - n. enger mit Partnerländern, den zuständigen internationalen Organisationen und Institutionen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zusammenzuarbeiten und den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren zu fördern;
 - o. die Bedeutung der Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit und allgemein die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im „Reflexionsprozess NATO 2030“ zu berücksichtigen;
 - p. geschlechtsspezifische Perspektiven zu integrieren und die Förderung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit in die kurz- und langfristigen Reaktionen auf die Pandemie und deren soziale, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Folgen einzubeziehen.

Entschließung 462**DIE BEWAHRUNG DES MOMENTUMS BEI DEN VERTEIDIGUNGSINVESTITIONEN DES BÜNDNISSES NACH COVID-19³**

Die Versammlung,

1. **zur Kenntnis nehmend**, dass die schreckliche Tragödie der COVID-19-Pandemie bisher über eine Million Todesopfer gefordert hat und nach wie vor die Volkswirtschaften und Gesellschaften auf der ganzen Welt erschüttert;
2. die wichtige Rolle der Streitkräfte und Strukturen des Bündnisses **begrüßend**, insbesondere der Euro-atlantischen Katastrophen-Koordinierungszentrale der NATO (EADRCC) und der NATO Support and Procurement Agency, in Bezug auf die Koordinierung und Überwachung von mehreren Hundert medizinischen Hilfsmissionen zur Unterstützung der nationalen medizinischen und zivilen Dienste, bei denen über eine halbe Million Männer und Frauen mobilisiert wurden, die entscheidende Unterstützung bei zivilen Reaktionsmaßnahmen in den NATO-Mitgliedstaaten und den Partnerländern geleistet haben;
3. **in Würdigung der Tatsache**, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre entschiedene Solidarität gezeigt und gegenseitige Hilfe und Hilfe für ihre Partner durch die Bereitstellung von kritischen Gütern, Personal, Militärtransporten sowie logistischer und anderer Unterstützung geleistet haben, als die Not groß war;
4. **ermutigt darob**, dass die NATO auch weiterhin auf die COVID-19-Pandemie mit Hilfsmissionen reagiert, die den NATO-Mitgliedstaaten und Partnern helfen, und die NATO-Mitgliedstaaten sich darüber hinaus mit strategischer Planung, dem Anlegen von Vorräten und mit Investitionen auf mögliche künftige Pandemien vorbereitet;
5. **herausstellend**, dass die NATO-Streitkräfte ungeachtet ihres Engagements für die Lieferung von kritischen pandemiebezogenen Hilfsleistungen für die NATO-Mitgliedstaaten und Partner für die reibungslose Gewährleistung einer glaubwürdigen, fähigen und effektiven Verteidigung und Abschreckung gesorgt und eine ausreichende personelle Ausstattung der Missionen und Operationen des Bündnisses gewährleistet haben, wodurch sie ihre Fähigkeit verdeutlichen, rasch auf jegliche Bedrohung reagieren zu können;
6. **besorgt darüber**, dass sich ungeachtet der fortwährenden Pandemie die internationalen sicherheitspolitischen Herausforderungen für die NATO-Mitgliedstaaten nicht vermindert, sondern de facto verschärft haben, wodurch ein bereits jetzt schon instabiles und immer gefährlicher werdendes internationales Sicherheitsumfeld noch komplexer wird;
7. Russlands fortwährende Provokationen und Haltung **verurteilend**, die nicht nur seine neuen militärischen Fähigkeiten zur Schau stellen, sondern auch versuchen, die Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte zu Land, in der Luft, zur See und im Weltraum auf die Probe zu stellen;
8. **besorgt darüber**, dass die COVID-19-Pandemie und der damit zusammenhängende wirtschaftliche Abschwung die Verteidigungshaushalte der NATO-Mitgliedstaaten unter Druck setzen wird;
9. das Bekenntnis des Bündnisses zur Garantie von Frieden und Sicherheit für seine Bevölkerungen und der souveränen Integrität seiner Hoheitsgebiete und zur Zusammenarbeit mit Partnerländern zwecks Verbesserung der Sicherheit und Projektion von Stabilität **erneut bekräftigend** und darüber hinaus **herausstellend**, dass diese Bekenntnisse nachhaltige Investitionen in die Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen des Bündnisses erfordern;
10. **unter Hinweis auf** das Bekenntnis der NATO-Mitgliedstaaten im Jahr 2014 in Wales, den Abwärtstrend bei Verteidigungsausgaben umzukehren, der dazu geführt hat, dass sechs aufeinanderfolgende Jahre lang die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedstaaten und Kanadas insgesamt gestiegen sind und seit 2016 neue Investitionen in Höhe von über 130 Milliarden Dollar getätigt wurden und zehn NATO-Mitgliedstaaten die Kennzahl von 2 Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben überschritten und weitere sich verpflichtet haben, dies zu tun;

³ Vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und verabschiedet online von der Plenarversammlung am Montag, 23. November 2020.

11. **den Schwerpunkt weiterhin** auf den zentralen Grundsatz von Artikel 3 des Washingtoner Vertrages **legend**, in dem es heißt, dass „die vertragschließenden Staaten einzeln und gemeinsam durch ständige, wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die Kraft des einzelnen Staates und der Gesamtheit der Staaten, einem bewaffneten Angriff Widerstand zu leisten, aufrechterhalten und entwickeln [werden]“, und **hervorhebend**, dass durch die fortwährenden Investitionen jedes Mitgliedstaates in seine Streitkräfte dem Bündnis die Mittel an die Hand gibt, seine Kernaufgaben der kollektiven Verteidigung, Krisenreaktion und kooperativen Sicherheit zu erfüllen;
12. **entschlossen**, das Momentum der Verteidigungsinvestitionen der letzten sechs Jahre nicht zu verlieren, das zu spürbaren Vorteilen geführt und das Bündnis in die Lage versetzt hat, sich der Komplexität des internationalen Sicherheitsumfelds von heute zu stellen;
13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. die entscheidende Rolle anzuerkennen, die ihre Streitkräfte bei der Abschwächung der Folgen der Pandemie gespielt haben;
 - b. sich dadurch zu verpflichten, die Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 Prozent des BIP zu erhöhen und mindestens 20 Prozent der Verteidigungsausgaben für größere Ausrüstungsprojekte einschließlich Forschung und Entwicklung zu investieren, um die Fähigkeitsziele der NATO zu erreichen und Lücken zu schließen;
 - c. ihre fortlaufenden erhöhten Verteidigungsinvestitionen nicht nur als Sicherungsmechanismus gegenüber künftigen Bedrohungen, sondern auch gegenüber der möglichen nächsten Pandemie zu begreifen;
 - d. sich weiterhin zu ihren nationalen Verteidigungsinvestitionsplänen zu bekennen, in denen detailliert die Investitionen dargelegt werden, die notwendig sind, um den Beitrag jedes Mitgliedstaates zu einer fairen Lastenteilung für die Anstrengung des gesamten Bündnisses zu stärken, und ein glaubwürdiges und starkes Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv aufrechtzuerhalten, das fähig ist, Frieden und Sicherheit im Inneren zu gewährleisten und Stabilität im Äußeren zu projizieren;
 - e. den Schwerpunkt ihrer Anstrengungen auf die Verringerung der übermäßigen Abhängigkeit von einem einzigen Lieferland bei medizinischen Geräten, Arzneimitteln und weiteren Technologien zu legen, die bei einer künftigen Krise kritisch sein könnten;
 - f. zu prüfen, inwieweit die euro-atlantische Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie gestärkt werden kann, was nicht nur die Resilienz des Bündnisses erhöht, sondern auch dazu beiträgt, rüstungsindustrielle Sektoren zu revitalisieren, die infolge der Pandemie möglicherweise unter Beschaffungs- und Haushaltsunwägbarkeiten zu leiden haben;
 - g. Investitionen in die medizinischen Komponenten der Streitkräfte der Mitgliedstaaten zu erhöhen, um die medizinische Expertise innerhalb der Streitkräfte der NATO-Mitglieder zu erhalten und zu verbessern;
 - h. kritische Infrastrukturen des Bündnisses besser vor räuberischen Investitionen durch Akteure von außen zu schützen, insbesondere wenn der potenzielle Investor ein strategischer Rivale ist;
 - i. vor dem Hintergrund der Pandemie in die zur Stärkung der Resilienz notwendigen Infrastrukturen und Institutionen zu investieren, was wiederum den nationalen Streitkräften ermöglicht, ihren Schwerpunkt auf potenzielle externe Bedrohungen zu legen;
 - j. die Zusammenarbeit mit der EU auszubauen, insbesondere in Bezug auf die militärische Mobilität, um eine effizientere Verlegung von Streitkräften des Bündnisses in ganz Europa zu erleichtern und dazu beizutragen, die Lieferung von medizinischen Versorgungsgütern und medizinischem Personal in Reaktion auf potenzielle regionale Gesundheitsnotstände zu beschleunigen.

Entschließung 463**WIRTSCHAFTLICHE RESILIENZ UND PANDEMIEN⁴**

Die Versammlung,

1. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Weltgemeinschaft derzeit die folgenschwerste Pandemie seit dem Ausbruch der Spanischen Grippe 1918–1919 durchlebt;
2. **bekräftigend**, dass Pandemien zum einen schrecklichen Verlust an Menschenleben und zum anderen weitgehend negative wirtschaftliche Schocks mit sich bringen, die sich auf die Angebots- und Nachfragesituation sowie die monetären und finanziellen Bedingungen auswirken und gleichzeitig das Vertrauen der Verbraucher und Anleger schwächen können;
3. **überzeugt**, dass Maßnahmen zur Minderung der Folgen einer Pandemie, z. B. erzwungene Quarantänen und Reiseverbote, den nationalen Volkswirtschaften kurzfristig Schaden zufügen, auch wenn diese Maßnahmen langfristig heilsame wirtschaftliche Auswirkungen haben können, wenn sie dazu beitragen, die Ausbreitung katastrophaler Krankheiten einzudämmen;
4. **in der Erkenntnis**, dass diese Maßnahmen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens schaffen sollten;
5. **in Anerkennung der Tatsache**, dass es einen prozyklischen Effekt gibt, der eine Rezession sowohl beschleunigen als auch vertiefen kann, wenn die Volkswirtschaften weltweit gemeinsam in die Rezession geraten, wie dies während der COVID-19-Pandemie der Fall ist;
6. die fiskalischen und monetären Notfallmaßnahmen **begrüßend**, die die Regierungen in Nordamerika und Europa sowie die EU eingeleitet haben, um den durch die COVID-19-Pandemie verursachten Rezessionsschock zu bekämpfen;
7. **mit Bedauern zur Kenntnis nehmend**, dass sich eine Pandemie auch sehr schnell und negativ auf den Handel auswirken kann, insbesondere wenn die Regierungen viele wirtschaftliche Aktivitäten zum Stillstand gebracht und Maßnahmen zur Schließung von Grenzen getroffen haben;
8. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass weitgehend fremdfinanzierte Finanzmärkte (*highly leveraged financial markets*) infolge der COVID-19-Pandemie vor ihrer größten Herausforderung seit der globalen Finanzkrise von 2008 stehen;
9. **davor warnend**, dass diese Krise gezeigt hat, dass die NATO-Mitgliedstaaten in verschiedenen kritischen Medizin- und Hochtechnologiesektoren übermäßig von strategischen Rivalen wie China abhängig sind und dass Auslandsinvestitionen in westliche Unternehmen ein Mittel sind, durch das diese Länder lebenswichtige Lieferketten möglicherweise gefährden;
10. **besorgt darüber**, dass Entwicklungsländer aufgrund der Kapitalflucht von armen zu reichen Ländern, aber auch weil viele weniger wohlhabende Länder nicht über die für die Bewältigung der medizinischen und wirtschaftlichen Dimensionen der Krise erforderlichen finanziellen Mittel, technischen Kapazitäten und das notwendige Sozialkapital verfügen, vor besonders folgenschweren Herausforderungen inmitten der Pandemie stehen;
11. **in Anerkennung dessen**, dass das wirtschaftliche Schicksal Nordamerikas und Europas von einem engmaschigen Netz an Handels- und Investitionsbeziehungen sowie wichtigen diplomatischen und sicherheitspolitischen Verbindungen getragen wird, die in der NATO ihren höchsten Ausdruck finden;
12. **unter Begrüßung** der entscheidenden Rolle der NATO-Strukturen, die die NATO-Mitglieder und Partnerländer bei ihrer Reaktion auf die COVID-19-Pandemie unterstützen, einschließlich der Beiträge des Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe (EADRCC) und der NATO Support and Procurement Agency (NSPA), die Krisenbewältigungsmissionen unterstützt haben, beispielsweise durch die Bereitstellung von medizinischen Versorgungsgütern und Geräten;
13. die paradoxe Situation **zur Kenntnis nehmend**, dass einerseits Verteidigungshaushalte in einer Phase der verschärften Knappheit politisch gefährdet sind, andererseits aber die Geschichte zeigt, dass sich geopolitische Gefahren häufig genau dann verschärfen, wenn sich eine internationale Wirtschaftskrise ausbreitet;

⁴ Vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und verabschiedet online von der Plenarversammlung am Montag, 23. November 2020.

14. **zur Kenntnis nehmend**, dass der rüstungsindustrielle Sektor derzeit vor nie dagewesenen Problemen steht, die mit den Beschaffungs- und Haushaltsunwägbarkeiten sowie einer sich drastisch verschärfenden Krise in zivilen Wirtschaftsbereichen in Zusammenhang stehen, die zunehmend grundlegende Technologien für die Verteidigungsplattformen von heute liefern;

15. **überzeugt**, dass Pandemien keine einmaligen Ereignisse sind, sondern in der Geschichte der Menschheit immer wiederkehren und man daher mit Fug und Recht davon ausgehen kann, dass wir in den kommenden Jahrzehnten mit neuen globalen epidemiologischen Herausforderungen rechnen müssen;

16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. anzuerkennen, dass es katastrophale Folgen haben könnte, wenn es uns nicht gelingt, uns gegen die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Pandemie zu wappnen, und dass die Staaten möglicherweise ihren Ansatz bezüglich der öffentlichen Gesundheit teilweise neu strukturieren müssen, um auf diese Art von Notstand künftig besser reagieren zu können;
- b. in Infrastruktur und Institutionen, in Personal und Ausrüstung, in Ausbildung, Methoden, Notfallplanung und sorgfältig ausgearbeitete, auf koordiniertes gemeinsames Handeln gerichtete internationale Verfahren zu investieren, um die nationale und internationale Resilienz bei Pandemien aufzubauen;
- c. innovative Partnerschaften zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft einzugehen, um sich besser auf Risiken von katastrophalem Ausmaß vorzubereiten und dafür zu sorgen, dass es eine umfassende internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen COVID-19 gibt;
- d. einen Beitrag zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und medizinischen Notlage der Entwicklungsländer zu leisten, von denen viele von der aktuellen Krise sehr hart getroffen wurden,
- e. klare und glaubwürdige langfristige Strategien zu entwickeln, um Schuldenlasten abzubauen, die mit dem Ausbruch solcher Krisen fast unweigerlich zunehmen werden;
- f. die europäische und transatlantische monetäre und fiskalische Zusammenarbeit zu intensivieren und gleichzeitig den transatlantischen Handelsbeziehungen, die seit langer Zeit eine Grundlage für Wachstum und Wohlstand bilden, neue Schwungkraft zu verleihen;
- g. ausländische Investitionen in kritischen strategischen Sektoren zu kontrollieren und gleichzeitig die übermäßige Abhängigkeit von einem einzigen Lieferland bei wichtigen medizinischen Geräten, Arzneimitteln und weiteren kritischen Technologien zu reduzieren, insbesondere wenn das investierende Land als strategischer Rivale angesehen wird;
- h. gleichwohl der Versuchung zu widerstehen, großflächigen Protektionismus zu betreiben, und sich stattdessen gemeinsam erneut zu freiem Handel und offenen Märkten zu bekennen;
- i. mit multilateralen Institutionen wie dem IWF, der Weltbank und der OECD zusammenzuarbeiten, die eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung der internationalen wirtschaftlichen Strategien zur Bewältigung des durch Pandemien verursachten wirtschaftlichen Abschwungs spielen, und dafür zu sorgen, dass die WHO die globalen gesundheitsbezogenen Reaktionen auf Pandemien effektiv koordiniert;
- j. die nationalen und multilateralen Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit der Cyber-Infrastruktur zu verstärken, die eine zentrale Rolle bei der Beibehaltung der wirtschaftlichen Aktivität während einer Pandemie spielt;
- k. klügere gemeinsame Ansätze in Bezug auf die Beschaffung von Verteidigungsgütern und eine vertiefte rüstungsindustrielle und ideologische Kooperation zu verfolgen, wodurch die Effizienz, Interoperabilität und militärischen Fähigkeiten verbessert wird;
- l. auch in Zukunft in die militärische Mobilität im gesamten euroatlantischen Gebiet zu investieren, was unter anderem die rasche Verlegung von medizinischen Versorgungsgütern und medizinischem Personal in Regionen erleichtern kann, die von Gesundheitsnotständen betroffen sind;
- m. sich erneut zur Zuweisung von 2 Prozent des BIP für die Verteidigung und 20 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben für die Beschaffung großer Ausrüstungsgegenstände und der damit zusammenhängenden Forschung und Entwicklung zu bekennen, um dafür zu sorgen, dass die NATO-Mitgliedstaaten auch künftig in der Lage sind, ihre Gesellschaften vor geopolitischen Bedrohungen zu schützen, die teilweise durch pandemische und damit zusammenhängende wirtschaftliche Krisen noch weiter verschärft werden.

Entschließung 464**EINE TRANSATLANTISCHE STRATEGIE IN BEZUG AUF CHINA⁵**

1. Die Versammlung,
2. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Volksrepublik China (im Folgenden als „China“ bezeichnet) als bevölkerungsreichstes Land und zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit den zweithöchsten Verteidigungsausgaben weltweit und als technologisch führende Nation folgerichtig als globaler strategischer Akteur hervorgetreten ist, was die Pflicht beinhaltet, verantwortungsvoll zu handeln und die regelbasierte globale Ordnung zu verteidigen;
3. **eingedenk der Tatsache**, dass Chinas wachsender Einfluss auf der internationalen Bühne und in multilateralen Foren Folgen für die euroatlantische Sicherheit hat, dass dies sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich bringt, die das Bündnis gemeinsam angehen muss, wie die NATO-Verantwortlichen beim Treffen im Dezember 2019 in London anerkannt haben, und dass es sich dabei um eines der Themen handelt, die der NATO-Generalsekretär im Rahmen des Reflexionsprozesses 2030 der NATO identifiziert hat;
4. die bereits vorhandenen Wege des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der NATO und China **begrüßend** und **überzeugt**, dass eine transatlantische Strategie in Bezug auf China soweit möglich die Zusammenarbeit anstreben, gleichzeitig aber auch die vielfältigen Herausforderungen klar im Blick behalten muss, die der Aufstieg Chinas mit sich bringt;
5. **hervorhebend**, dass die chinesische Führung nicht die liberal-demokratischen Werte teilt, auf denen das Bündnis fußt, versucht, einzelne Teile der regelbasierten liberalen Weltordnung auszuhebeln, und gleichzeitig offene Gesellschaften bedroht und versucht, ihr autoritäres Staatsmodell zu exportieren;
6. **in dem Bewusstsein**, dass China sehr schnell militärische Fähigkeiten, darunter auch interkontinentale nukleare Raketen, Hyperschall-Waffensysteme und Marinefähigkeiten, entwickelt und einsetzt und sich gleichzeitig weigert, in Schlüsselbereichen Rüstungskontrollverhandlungen zu führen;
7. **äußerst besorgt** über das zunehmend aggressive internationale Verhalten Chinas; dies betrifft unter anderem diplomatische und wirtschaftliche Einschüchterung, eine waghalsige regionale Politik, Machtdemonstrationen im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie im Himalaya, militärische Übungen in der Ostsee und im Mittelmeer und die eklatante Missachtung des internationalen Seerechts, vor allem im Südchinesischen Meer;
8. die strategischen Ambitionen und Aktivitäten Chinas in der Arktis **sorgfältig beobachtend**;
9. die massiven Menschenrechtsverletzungen einschließlich der Unterdrückung der Demokratie in Hongkong und von religiösen und ethnischen Minderheiten, insbesondere Angehörigen der uighurischen und tibetischen Gemeinschaften, **nachdrücklich verurteilend**;
10. **in Anerkennung** der Unterstützung, die China für NATO-Mitgliedstaaten und -Partner während der COVID-19-Pandemie geleistet hat, aber die damit zusammenhängende gezielte Desinformation und politischen Druckkampagnen, die das soziale und politische Vertrauen in demokratischen Gesellschaften untergraben sollen, **mit äußerstem Bedauern zur Kenntnis nehmend**;
11. die wachsenden technologischen Fähigkeiten und erheblichen Fortschritte Chinas in Bereichen wie künstlicher Intelligenz **zur Kenntnis nehmend**, aber die fortwährende Finanzierung von massiven Cyber-Spionageprogrammen und des Diebstahls von geistigem Eigentum sowie die Anwendung ausgefeilter Technologien zur Überwachung und Kontrolle der eigenen Bürgerinnen und Bürger **bedauernd**;
12. **in Anerkennung** der immensen wirtschaftlichen Schlagkraft, der Entwicklungshilfe und des erheblichen Volumens an Infrastrukturinvestitionen und anderen strategischen Investitionen, die China im Rahmen der „Neue Seidenstraße“-Initiative unternommen hat;
13. **davor warnend**, dass Investitionen in kritische Infrastruktur wie Häfen, Autobahnen und Schienensysteme den strategischen und militärischen Bestrebungen Chinas dienen können, und **zur Kenntnis nehmend**, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre Abhängigkeit von einem einzigen Lieferanten in strategischen Sektoren verringern und Gefahren bekämpfen müssen, die mit Chinas mächtiger Stellung im globalen Lieferkettensystem zusammenhängen;

⁵ Vorgelegt vom Politischen Ausschuss und verabschiedet online von der Plenarversammlung am Montag, 23. November 2020.

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die NATO-Partner **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. ein konstruktives Engagement zwischen der NATO und China zu fördern und zu prüfen, welche Möglichkeiten es für die Ausweitung des laufenden politischen und militärischen Dialogs zwischen der NATO und China bei Fragen wie unter anderem militärischer Transparenz, Navigationsfreiheit, Notfallmaßnahmen und Katastrophenbewältigung gibt;
 - b. den Informationsaustausch innerhalb des Bündnisses zu pflegen und eine gemeinsame Bewertung der chinesischen Aktivitäten mit potenziellen sicherheitspolitischen Implikationen vorzunehmen, um eine stärker geschlossene Haltung bei Fragen betreffend China zu erreichen;
 - c. das strategische Konzept der NATO sowie die Prioritäten der Verteidigungsplanung, Ausbildung und Fähigkeitenentwicklung an ein sich rasch veränderndes globales strategisches Umfeld anzupassen, in dem der Aufstieg Chinas ein Schlüsselement darstellt;
 - d. ein NATO-Exzellenzzentrum für die indopazifische Region zu etablieren, um Initiativen aufzuzeigen, die es den Verbündeten ermöglichen, mit regionalen Partnern bei gemeinsamen Prioritäten zusammenzuarbeiten, das Verständnis bezüglich der Herausforderungen durch China für die NATO zu verbessern und zu einem Konsens bezüglich der Frage zu gelangen, wie diese Herausforderungen am besten zu meistern sind;
 - e. die Menschenrechtsdimension bei ihren Ansätzen gegenüber China zu priorisieren und China für Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen;
 - f. die individuelle und kollektive Resilienz gegenüber den von Chinas Desinformationskampagnen, Cyber-Angriffen und Cyber-Störmanövern ausgehenden Bedrohungen zu verbessern;
 - g. Mechanismen zu etablieren oder zu verbessern, die – entsprechend den jeweiligen nationalen Vorrechten – potenzielle Gefahren für die nationale und kollektive Sicherheit bewerten, die sich aus den Investitionen Dritter in strategischen Sektoren ergeben, beispielsweise 5G-Netze und gesundheitsbezogene Lieferketten, und die Koordinierung dieser Maßnahmen unter den NATO-Mitgliedstaaten und mit der Europäischen Union zu verbessern;
 - h. sich auf diplomatischem Wege um die Stärkung der Wohlstand erzeugenden und regelbasierten offenen Weltwirtschaftsordnung zu bemühen und gleichzeitig der Etablierung von weitgehend auf Transaktionen beruhenden, undurchsichtigen Handels- und Investitionssystemen wie der „Neue Seidenstraßen“-Initiative, die niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig sind, entgegenzutreten;
 - i. beim Umgang mit China in Fragen der Nutzung der Arktis wachsam zu sein, da viele seiner kommerziellen Investitionen in der Region mögliche militärische und strategische Implikationen für das Bündnis haben;
 - j. sich regelmäßig mit der Europäischen Union und den indopazifischen Partnern auszutauschen, um die sich aus dem Aufstieg Chinas ergebenden Chancen und Herausforderungen besser zu verstehen.

Entschließung 465

INNOVATIONEN IM VERTEIDIGUNGSBEREICH⁶

Die Versammlung,

1. **zur Kenntnis nehmend**, dass die erheblichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Gesundheit, Wirtschaft und die Finanzwelt und andere Bereiche die Notwendigkeit verdeutlicht, die Resilienz des Bündnisses und seiner Partner insgesamt zu stärken;
2. **erkennend**, dass sich das Bündnis nach wie vor in einem technologischen Umsetzungswettbewerb befindet, der möglicherweise nicht von denjenigen gewonnen wird, der die besten Technologien hat, sondern von denjenigen, die über die flexibelsten Organisationen verfügen;
3. **besorgt darüber**, dass die beispiellose Geschwindigkeit und die globale Ausbreitung des Corona-Virus beispiellose gesundheitliche, wirtschaftliche, finanzielle und soziale Verwerfungen verursacht hat, die ein aktuell schon instabiles Sicherheitsumfeld in der euroatlantischen Region weiter unterminiert;

⁶ Vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und verabschiedet online von der Plenarversammlung am Montag, 23. November 2020.

4. **die Tatsache betonend**, dass die Welt instabiler geworden ist, da Russland und China die vorhandene globale Ordnung in Frage stellen und asymmetrische Bedrohungen zugenommen haben;
5. **zur Kenntnis nehmend**, dass die NATO-Streitkräfte ein Reihe robuster, hochtechnologischer und weiterentwickelter Fähigkeiten in allen Bereichen brauchen, um die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen;
6. **unter Hinweis darauf**, dass der technologische Vorsprung der NATO seit der Gründung des Bündnisses für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in der euroatlantischen Region von herausragender Bedeutung ist;
7. **besorgt**, dass der technologische Vorsprung der NATO rasch erodiert, da sich nahezu auf Augenhöhe befindliche Konkurrenten aufholen, und dass die problemlose Verfügbarkeit von kommerziellen und *dual-use*-Technologien böswilligen nichtstaatlichen Akteuren, darunter auch terroristischen und extremistischen militanten Gruppen, die Möglichkeit gibt, sich zu bewaffnen;
8. **feststellend**, dass biologische Wirkstoffe relativ leicht und kostengünstig zu beschaffen sind, und **äußerst besorgt**, dass die COVID-19-Pandemie dem Spektrum des Bioterrorismus neue Spielräume eröffnet;
9. **die Tatsache hervorhebend**, dass das sich rasch verändernde Innovationsumfeld des 21. Jahrhunderts neue Möglichkeiten der Nutzung der Kreativität der NATO-Staaten erfordert, die insgesamt in Forschung und Technologie und bei der Unterstützung des technologischen Vorsprungs der NATO führend sind;
10. **die Tatsache betonend**, dass die Privatwirtschaft ein wichtiger Innovationsmotor ist und die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten deshalb die Zusammenarbeit mit und Beteiligung von nicht traditionellen Rüstungsunternehmen verbessern müssen;
11. **im Hinblick darauf**, dass komplexe militärische Beschaffungsprozesse und fehlende Mittel häufig innovationsfreudige Technologieunternehmen, insbesondere Start-Ups, davon abhalten, militärische Verträge in Erwägung zu ziehen;
12. **in dem Bewusstsein**, dass Verteidigungsinnovationen von den Mitgliedstaaten vorangebracht werden, und die wertvolle Rolle der NATO als Innovationsmotor, der die intellektuelle, technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft der Mitgliedstaaten und Partner des Bündnisses vorangebracht hat, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
13. **besorgt darüber**, dass die COVID-19-Pandemie und der dadurch verursachte wirtschaftliche Abschwung die Verteidigungshaushalte der NATO-Mitgliedstaaten vermutlich unter Druck setzen wird; dies gilt auch für die Haushalte für Verteidigungsinnovationen;
14. **besorgt** über die eingeschränkte Expertise in Bezug auf disruptive Technologien und die Unterrepräsentation von Frauen in Wissenschaft und Technologien und allgemein bei Innovationen und **zur Kenntnis nehmend**, dass die Unterstützung der Teilhabe von Frauen voraussichtlich neue Ideen und Perspektiven in Forschung, Entwicklung und Implementierung einbringen wird;
15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. sich zu verpflichten, ihre Haushalte für Verteidigungsausgaben auf ihrem derzeitigen Stand beizubehalten – ungeachtet des durch die COVID-19-Pandemie verursachten Drucks, diese zu reduzieren;
 - b. sich erneut zur Zuweisung von 2 % des BIP für die Verteidigung zu bekennen und Wiederaufbaupläne für die Zeit nach der Überwindung der COVID-19-Pandemie zu entwickeln, die ihr Bekenntnis unterstreichen, bei Innovationen auch künftig an der Spitze zu stehen, und zu diesem Zweck ausreichende finanzielle Ressourcen bereitzustellen, was auch die Zweckbindung von Innovationsressourcen beinhalten sollte;
 - c. Verteidigungsinnovationen im Bereich der Biotechnologie stärker in den Vordergrund zu rücken, insbesondere in Bezug auf Integration, Tests, Reaktion und Resilienz;
 - d. Innovationsschwerpunkte für die Verteidigung sowohl auf nationaler Ebene als auch gemeinsam mit Bündnispartnern zu fördern, um Denkfabriken, Wissenschaftler, Experten und Start-Ups zwecks Entwicklung neuer Technologien an einen Tisch zu bringen;
 - e. mehr Risikobereitschaft bei Verteidigungsinnovationen zu unterstützen, die gelegentlich zum Scheitern führt, häufig aber der Innovationsgemeinschaft der NATO ermöglicht, echte revolutionäre Technologien zu entwickeln;

- f. Unternehmen aus dem Nicht-Verteidigungssektor besser zu integrieren, was auch kleinere, unkonventionell denkende Start-Ups beinhaltet, und ihnen zu diesem Zweck den Zugang zu Verträgen mit den Staaten zu erleichtern, bürokratische Verfahren zu verschlanken und verlässliche finanzielle Erträge aus solchen Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu gewährleisten;
- g. die Innovationsagenda der NATO zu verbessern und zu diesem Zweck einen strategischeren Planungsansatz zu entwickeln und eine bewegliche, innovative und risikotolerante Denkweise zu fördern, unter anderem durch den Austausch bewährter Verfahren innerhalb der NATO-Innovationsgemeinschaft, und insbesondere durch die Prüfung von Finanzinstrumenten, darunter Startkapital für Start-Ups, das genutzt werden kann, um Chancen im Rahmen eines systemischen Innovationsansatzes im gesamten Bündnis zu nutzen;
- h. einen quantifizierbaren Mechanismus zur Bewertung von Verteidigungsinnovationen zu etablieren, beispielsweise am Beispiel des Oslo-Handbuchs der OECD, und einen robusteren Prozess zur Erkennung, Identifizierung und raschen Umsetzung neuer Technologien und Ansätze zu entwickeln;
- i. einen „gemischten“ Ansatz zu verfolgen, um die Anstrengungen zur Nutzung zivil orientierter Innovations-Ökosysteme bei der Verteidigungsinnovation zu nutzen und kommerzielle Organisationen zu ermutigen, die Schwachstellen bei ihren Technologien zu beseitigen;
- j. einen gemeinsamen Ansatz für verbesserte Ausfuhrkontrollen für sensible Technologien zu entwickeln, die Kontrolle von Investitionen, den Schutz von geistigem Eigentum und Einschränkungen der Zusammenarbeit mit problematischen Institutionen im Bereich Wissenschaft und Technologie/Innovationen, die mit gegnerischen Staaten in Zusammenhang stehen, besser zu koordinieren und in diesem Zusammenhang mit den Partnerstaaten, die vertiefte Mitwirkungsmöglichkeiten (*enhanced opportunities*) haben, die Erarbeitung gemeinsamer Regulierungsansätze für die Verbreitung von Innovationen in Erwägung zu ziehen;
- k. über Fortschritte bei der Verwirklichung der Alters- und Geschlechterausgewogenheit im Expertennetzwerk der Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO – insbesondere im Bereich der neuen und disruptiven Technologien – zu berichten.
